

Stenografisches Protokoll

- Endgültige Fassung* -

der 24. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 5. Juli 2012, 9 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 – 53
- Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz Lothar Lingen	1
- Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm	46
- Erster Direktor beim Bundesnachrichtendienst Wolfgang Cremer	-

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Lothar Lingen (Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 05. Juli 2012, 09:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Binninger, Clemens	Hahn, Florian
Schipanski, Tankred	Heinrich, Frank
Stracke, Stephan	Schön (St. Wendel), Nadine
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	Schuster (Weil am Rhein), Armin
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Edathy, Sebastian	Gleicke, Iris
Högl, Eva, Dr.	Kolbe (Leipzig), Daniela
Rix, Sönke	Özoguz, Aydan
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Tören, Serkan	Kurth (Kyffhäuser), Patrick
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid	Schulz, Jimmy
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Pau, Petra	Petermann, Jens
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Wieland, Wolfgang	Ströbele, Hans-Christian

Stand: 14. Juni 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 05. Juli 2012, 09:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:






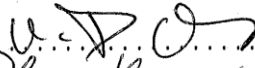

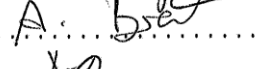
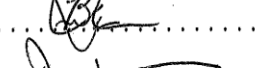

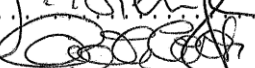
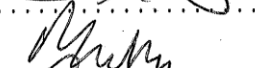

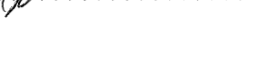

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

KÜHNAU, DAN	CDU/CSU	
DR. STA. HORN	CDU/CSU	
Borgheist	SPD	
Dr. Molsberger	CDU/CSU	
Wepfritz	SPD	
Wepfritz	SPD	
VON DIECK	FDP	
Hagenzuber	FDP	
Dramelt	Grüne	
Van Renssen	FDP	
Nickel	SPD	
Jutta Bieringer	SPD	
Wienbecke	SPD	
Mathes	SPD	
Dohiel	FDP	

Fraktionsmitarbeiter	Fraktion	Unterschrift
B		
tr. Meffert	Linke	tr. Meffert
von Cossel	CDU/CSU	Cossel
D. Kiep	SPD	D. Kiep
HEYER	SPD	Heyer
C. Lang	FDP	Lang
Lehmann	LINKE	Lehmann
Kant	Grüne	Kant
Ulrich	CDU/CSU	Ulrich
A. Fere	CDU/CSU	A. Fere

Donnerstag, 05. Juli 2012, 09:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BWA	Grenow	KOR	
BKA	Bergus	KK	
BK-Amt	Rienmann	Ruf	
BDVg	Rodwasz	Ref	
GSTBKR	tischer	Ref	
GS BKR	Knöner	SBü	
BMI	Stumppach	KK	
-11	Höndel	ORL	
BMI	Schuldt	Ref.	
LV Hessen	Drosie	MDing	
BMI	Aden	RK	
Ding	Rehmann	RL	
BKMT	Fell	RL	
GSD	Christel	SFA b. BGL	
BMP	Dittmann	AL	
BMP	Großmann	MR	
BPTI	Stande	Ref	
a	Wier	RD	
BMI	Beyers	RI	
Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
v. Barnackow	U. v. Barnackow	RD'in	SN
i. M.		²⁰⁰⁹ MR	BT
Matthias Schupp		MR	ST
NITZSCHE	Mütsche	RR'im	RP
Müllerbach	Müllerbach	RD'w	TH
BERNER		ORL'w	HT
Matthias		RD	NRW
SCHUBEN		MR	BY
PIETSCH		MR	NI
De Fahn		Beaufragter	BR

(Beginn: 9.03 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 24. Ausschusssitzung, die zunächst als nichtöffentlich deklariert wurde; eingestuft wurde sie bisher noch nicht. Die Sitzung findet statt in Form einer Beweisaufnahme.

Wir kommen zum **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Vernehmung von Zeugen:

- Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz Lothar Lingen
- Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm
- Erster Direktor beim Bundesnachrichtendienst Wolfgang Cremer

Ich begrüße als Zeugen Herrn Lothar Lingen, wobei es sich dabei um einen Arbeitsnamen zum Schutz der Identität handelt, den wir aber heute jetzt verwenden wollen.

Herr Lingen, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass von der heutigen Sitzung eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Das heißt, die Aufnahme wird, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, gelöscht. Das erwähnte Protokoll wird Ihnen in einer vorläufigen Fassung nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben, falls Sie das wünschen, die Möglichkeit, innerhalb einer Frist von 14 Tagen Korrekturen oder Ergänzungen geltend zu machen.

Herr Lingen, ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 3. Juli 2012 erhalten. Mir ist noch nicht klar, ob eine Aussagegenehmigung des Bundesamtes für Verfassungsschutz vorliegt. Wegen der Kurzfristigkeit hatten wir ja gebeten, dass Sie diese nach Möglichkeit heute mitbringen. Ist das der Fall?

Zeuge Lothar Lingen: ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie sich äußern, kurz das Mikrofon einschalten; dann sind Sie auch zu verstehen.

Zeuge Lothar Lingen: Können Sie mich verstehen? - Die Aussagegenehmigung liegt vor. Ich habe sie dabei.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Dann würde ich bitten, diese einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin des Sekretariats zu übergeben.

(Der Zeuge übergibt einer Mitarbeiterin des Ausschusssekretariats Unterlagen)

Herr Lingen, ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Das ist Herr van Bökel. Vielleicht kann sich Herr van Bökel ganz kurz vorstellen, damit wir wissen, wer er ist.

RA Volker van Bökel: Mein Name ist van Bökel. Ich bin Rechtsanwalt und insofern auch Mitarbeiter des Deutschen Beamtenbundes. Und über die Mitgliedsorganisation, in der Herr Lingen organisiert ist, bin ich ihm jetzt als Rechtsbeistand zugestellt worden. Schwerpunktmäßig arbeiten wir im Beamtenrecht natürlich und insofern auch Straf- und Disziplinarrecht, und in dieser Funktion bin ich jetzt hier als Rechtsbeistand mit Herrn Lingen zum Ausschuss gekommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr van Bökel, ich habe es ja bereits, als Sie reingekommen sind, angemerkt, will es hier aber nochmal, auch formal feststellen, dass ich Sie darauf aufmerksam zu machen habe, dass Sie den Zeugen selbstverständlich beraten dürfen, auch im Rahmen der anstehenden Vernehmung, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während dessen Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann allerdings Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. Ich denke, wir werden das hier ordentlich miteinander gestalten. - Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Herr Kollege Binnerer.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Kurz auf Zuruf Versuch, mit allen Kollegen abzustimmen. Wir sprechen heute über einen sehr brisanten Vorgang. Wir sind übereingekommen, dass wir dabei den Kreis der hier notwendig Anwesenden in dieser Sitzung auf ein Minimum beschränken. Ich stelle deshalb den

Antrag, dass alle Mitarbeiter bis auf einen Mitarbeiter pro Fraktion und auch von den Ministeriumsvertretern bitte nur einer, der da sein muss, den Raum für die Dauer der Vernehmung verlassen. Für die Ländervertreter das Gleiche: ein Vertreter pro Land. Alle anderen bitte ich, für die Dauer der Vernehmung den Raum zu verlassen. Den Antrag stelle ich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann ist der Antrag so gestellt. Ich muss den Inhalt sicherlich nicht wiederholen. Ich lasse darüber abstimmen: Wer stimmt dem Antrag - - Entschuldigung, wer hat eine Wortmeldung dazu? - Das ist mindestens der Kollege Wieland. Bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ging eben alles sehr schnell, und im Grundsatz sehe ich ja die Beschränkungsmöglichkeit auch, ja. Wir haben ein spezielles Problem: Wir haben unsere Mitarbeiterin hier, die für den Untersuchungsausschuss zuständig ist, und wir haben unseren Mitarbeiter hier, der für das Parlamentarische Kontrollgremium zuständig ist, beide mit Sachkenntnis, um uns hier zu beraten, ja, als Abgeordnete. Deswegen würde ich gerne zwei Mitarbeiter hier haben. Sage ich ganz deutlich, weil ich auch nicht sehe, wie wir das jetzt in Kürze lösen können. Beide sind geheimverpflichtet, und das dürfte, wenn man das eventuell auch nach dieser Methode macht, dass hierbleibt, wer geheimverpflichtet ist, würde - -

(Zurufe)

- Nein. Ich weiß nicht, ob das alle sind. Wir sind ja noch nicht eingestuft in Geheim.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, wir sind noch nicht eingestuft. Das ist richtig.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Von mir aus zwei, vom Ministerium
einer, von den Ländervertretern
einer, alle anderen verlassen den
Raum!)

Herr Kollege Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, wir haben das gleiche Problem wie die Grünen und können uns nur anschließen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Ja, von mir aus zwei, aber
ansonsten niemand!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, dann ist der Vorschlag, der von Herrn Binninger offenkundig als Antragsteller auch akzeptiert wird, zu sagen: Wir könnten so verfahren, dass pro Fraktion zwei Vertreter da sind, pro Bundesland einer und pro Ministerium auch einer.

Ich hätte noch eine Wortmeldung von Frau Müllenbach gesehen. Oder habe ich das - - Dann hat sich das erledigt. Okay, war keine. Dann war es ein Missverständnis.

Dann lasse ich abstimmen über den modifizierten Vorschlag. Wer ist dafür? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig angenommen. Dann bitte ich um Umsetzung des Beschlusses.

(Zahlreiche Anwesende verlassen
den Sitzungssaal)

Besteht Konsens, dass der soeben gefasste Beschluss inzwischen umgesetzt wurde? - Das scheint so zu sein.

(Dr. Eva Högl (SPD): Es sieht
besser aus jetzt!)

Herr Lingen, ich habe Sie vor Ihrer Aussage zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie auf die etwaigen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer eingestuft Sitzung möglich sein - die Nichtöffentlichkeit haben wir ja bereits hergestellt -, bitte ich

Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem, was ich bisher vorge-tragen habe, Fragen?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit vollständigem Arbeitsnamen, wohlgemerkt, Alter und Beruf vorzustellen sowie uns kurz mitzuteilen - das ist eigentlich ja selbstverständlich -, ob die für die Ladung verwendete Anschrift noch aktuell ist.

Zeuge Lothar Lingen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte mich zunächst einmal bedanken für diese diskrete Art und Weise, wie wir hier anreisen durften und wie wir hoffentlich auch wieder von hier aus wegkommen. Wir denken, dass das auch angemessen ist angesichts der Tatsache, dass für mich, was meinen Namen betrifft, was mein Gesicht betrifft, einiges auf dem Spiel steht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Es geht jetzt - - Wir sind noch in der formalen Aufnahme, auch für das Protokoll. Also - -

Zeuge Lothar Lingen: Gut. Ich bestätige damit, dass ich hier als Vertreter des BfV mit dem Namen Lothar Lingen als Zeuge -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Lothar Lingen: - gekommen bin, um Ihre Fragen zu beantworten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Ihr Alter, wenn ich fragen darf?

Zeuge Lothar Lingen: Mein Alter ist - - Ich bin xx Jahre alt, xxxxxxxxxxxx.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und Ihr Beruf?

Zeuge Lothar Lingen: Mein Beruf ist Beamter im Bundesamt für Verfassungsschutz.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Lingen, Sie haben dazu schon fast angeho-

ben, und ich wollte Sie auch gar nicht da unterbrechen. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass Sie gemäß dem Untersuchungsausschussgesetz des Bundes - das ist § 24 Abs. 4 - die Möglichkeit, aber nicht die Pflicht haben, sich vor Ihrer Vernehmung im Zusammenhang zu äußern. Der Kollege Stracke als Stellvertretender Vorsitzender weist mich gerade darauf hin, dass wir noch nicht geklärt haben, ob Sie nach wie vor über die Adresse des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu erreichen sind. Aber ich gehe davon aus.

Zeuge Lothar Lingen: Das ist der Fall, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist der Fall. - Also, dann darf ich Sie fragen, ob Sie sich vor der Vernehmung zum Sachverhalt äußern möchten.

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeuge Lothar Lingen: Also, zunächst mal möchte ich sagen, dass ich etwas erschlagen bin von der großen Zahl der Abgeordneten und der Anwesenden. Ich bin wenig medienerfahren und bin auch nicht gewohnt, vor so großen Kreisen zu sprechen.

Ich würde gerne eine persönliche Erklärung zu meiner Person und zu meinem Aus-sageverhalten abgeben. Sie gestatten, dass ich da überwiegend auf mein Blatt gucke, was ich mitgebracht habe.

Ich habe es als meine staatsbürgerliche Pflicht angesehen, als geladener Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss aufzutreten. In den öffentlichen Vorwürfen der vorsätzlichen Vernichtung von Operativakten, um Sachverhalte zu vertuschen, bin ich natürlich sehr betroffen. Ich bin über den Rücktritt meines Präsidenten geschockt und darüber, dass ich im allgemeinen Medieninteresse stehe. Das ist etwas, was ich mir sozusagen in meiner beruflichen Laufbahn nicht im Ge-ringsten so vorstellen konnte.

In den letzten zehn Tagen habe ich kaum eine ruhige Minute gehabt, geschweige denn Schlaf gehabt, und ich habe die Tatsache, dass ich heute hier auftreten muss, gestern meiner Familie mitgeteilt, ohne in die Einzelheiten zu gehen. Und Sie werden mir nach-

Ich hoffe, dass damit Ihre Frage beantwortet ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn ich das höre, Sie waren zuständig für den
XX
XX
XX
xxx: Diese Vielseitigkeit der Arbeit für einen Beamten, der tätig ist im Bereich Verfassungsschutz, ist das üblich?

Zeuge Lothar Lingen: Also, ob es üblich ist, weiß ich nicht. Es gibt Kollegen, die 30 Jahre am Arbeitsplatz verharren, beharren. Ich hatte also am Thema Rechtsextremismus deshalb großes Interesse, weil ich einen Beitrag damals, Anfang der 90er-Jahre, leisten wollte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Und als ich mich auf die
XXXXXXXXXXXXBearbeitung gemeldet habe und beworben habe, war das damals auch ein Thema, was hochaktuell war und was mich einfach interessiert hat.

Ansonsten können Sie ja sehen, dass ich in der Summe meiner Tätigkeit überwiegend
XX
XX
XX
xxx.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das von Ihnen bisher geleitete Referat, wie groß ist das vom Personal her?

Zeuge Lothar Lingen: Wo das sitzt?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein. Wie viele Leute unterstehen Ihnen als Referatsleiter gewissermaßen?

Zeuge Lothar Lingen: Im Bereich - - Mein Werbungsreferat umfasst zehn Mitarbeiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zehn?)

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben ja angekündigt, Sie würden allgemeine Fragen auf jeden Fall beantworten. Ich will es mal so versuchen: Wie ist eigentlich die Praxis der Aktenverwaltung im Bundesamt für

Verfassungsschutz organisiert und insbesondere in Ihrem Referat, also, wenn Akten erstellt werden, allgemein?

Zeuge Lothar Lingen: Und wenn ich die Frage allgemein beantworten darf, dann gibt es zu jedem Operativvorhaben natürlich eine Akte. Operativvorhaben, das können Befragungen sein, das können Anwerbungen sein. Das sind natürlich Akten über V-Leute. Es werden natürlich auch Akten angelegt bei Observationsmaßnahmen. Zu all diesen operativen Maßnahmen gibt es Akten, das ist ganz klar, und demzufolge auch Werbungsakten und V-Mann-Führungsakten, die sehr ausführlich geführt werden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ein Teil der Mitglieder des Ausschusses hatten ja Gelegenheit, gestern in der Berliner Außenstelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz Einblick zu nehmen in eine Reihe von Aktenordnern, die sich bezogen haben auf die sogenannte Operation „Rennsteig“ und auf den „Thüringer Heimatschutz“. Da waren Protokolle drin, Aufzeichnungen über Berichte von V-Personen. Diejenigen Mitarbeiter des Bundesamtes, die Informationen bekommen und sie verschriftlichen: Wie muss man sich das vorstellen? Also, die sind ja teilweise vor Ort unterwegs gewesen in Thüringen. Haben die dann per Post das Bundesamt in Köln unterrichtet, oder sind die hin und her gereist und haben dann das, was sie verschriftlicht haben, im Referat abgegeben, es wurde dort abgeholt? Wie kann man sich das vorstellen?

Zeuge Lothar Lingen: Überwiegend Letzteres. Also, wenn die Kollegen der Beschaffung ihre Quellen treffen oder Ansprachen durchführen, dann wird das Erfahrene kurz notiert und dann im Innendienst verschriftlicht. Das geschieht getrennt. Im Bereich der Informationen, die erlangt worden sind aus der Szene, wird das in Form einer Meldung formuliert und dann an die sogenannte Auswertung bei uns im Haus geschickt. Für die Informationen, die die Quelle oder die Zielperson betreffen, gibt es eine interne Akte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt aber sozusagen, das konkrete Abheften, also die Akten, die wir da gestern gesehen haben, wie die zusammengestellt worden sind, das macht dann nicht der Mit-

arbeiter, der mit einer Quelle in Kontakt steht, sondern das macht ein anderer Mitarbeiter oder eine andere Mitarbeiterin innerhalb des Hauses?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, das macht der Außendienstmitarbeiter selbst. Wir haben ja seit 2004 oder 2005 die xxxxxxxxxxxxxxxx xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx. In diesem Bereich sind alle Akten jederzeit greifbar und nachhaltbar, und davor gab es xxxxxxxxxxxxxxxx. Also, für die Papierakte war der Mitarbeiter selbst verantwortlich, hatte die in der Regel auch für laufende Fälle im Panzerschrank und hat sie dann in die Registratur gegeben, wenn er die Akte nicht mehr benötigt hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sprechen ja, wenn man das eingrenzen will, schon über Papierakten und über die Zeit vor 2005. Das heißt, ich habe das so verstanden, dass die Mitarbeiter, die vor Ort unterwegs sind, dann, wenn sie Erkenntnisse haben, die verschriftlichen und dann - wo eigentlich, in Köln oder in Berlin? - das abheften oder abgeheftet haben?

Zeuge Lothar Lingen: Sowohl als auch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: „Sowohl als auch“, okay. - Gut, das heißt ja aber auch, dass die Frage, was man findet in Aktenbeständen, davon abhängig ist, ob dann entsprechendes Material auch wirklich zur Dokumentation gegeben worden ist; das ist schon klar.

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer überprüft denn - relativ allgemein gefragt - die Einhaltung beispielsweise von datenschutzrechtlichen Bestimmungen, also Verjährungsfristen und Ähnliches? Gibt es da eine zentral geführte Unterlage, wo ein Datum eingetragen wird, wann eine personenbezogene Information zum Beispiel zu den Akten gegeben worden ist und wann dann möglicherweise eine Verfristung und damit eine denkbare Löschungspflicht einsetzen könnte?

Zeuge Lothar Lingen: Nein. Es gibt bei uns im Haus den Datenschutzbeauftragten, und ansonsten gibt es keine dieser Vorrichtungen in der Beschaffung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie wird denn dann festgestellt, wann ein Löschungsgebot bestehen könnte?

Zeuge Lothar Lingen: Entschuldigung, ich habe die Frage nicht verstanden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, also, wenn ich da einigermaßen orientiert bin, ist es ja - vielleicht können Sie das ja auch kurz beantworten - behördlicherseits relativ gängige Praxis und auch rechtlich vorgeschrieben, zum Beispiel nach zehn Jahren eine Datenlöschung mindestens in Betracht zu ziehen, oder sehe ich das falsch?

Zeuge Lothar Lingen: Das ist richtig, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber das wird nicht systematisch gemacht im Bereich des Bundesamtes? Also, es wird nicht festgehalten an einer zentralen Stelle, zum Beispiel: „Hier ist eine Akte erstellt worden am 01.10.1995, liebe Kollegen, guckt da mal bitte am 01.10. oder 02.10.2005 nach, ob diese Akte möglicherweise gelöscht werden oder entsorgt werden sollte“?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, das gibt es im Bereich der Beschaffung nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das gibt es im Bereich der Beschaffung nicht. - Wie wird denn dann allgemein verfahren mit dem Thema: Sind Akten zu löschen oder entbehrlich oder nicht?

Zeuge Lothar Lingen: Also, ich kann mich ja nur auf die Praxis in der Beschaffung beziehen. In der Auswertung gibt es vorgegebene Fristen, unter denen zu löschen ist. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass, wenn es um die besagten Akten der Operation „Rennsteig“ geht, ich zumindest damals nicht der verantwortliche Referatsleiter bin und zur damaligen Aktenführung nichts sagen kann.

Auf Ihre Frage, wie es mit Verjährungsfristen in der Beschaffung aussieht, muss ich darauf hinweisen, dass wir eine Dienstvorschrift haben, und nach der Dienstvorschrift „Beschaffung“ sind Akten dann zu löschen, wenn sie dienstlich nicht mehr notwendig sind. Grobe Anhaltspunkte liegen bei etwa fünf Jahren bei Personen, wo es zu keinen

Kontakten gekommen ist, also Werbungsakten, die erstellt worden sind, wo es zu keinem Kontakt mit der Zielperson gekommen ist. Das ist bei uns sogar der Großteil der Akten, weil die strengen Kriterien, nach denen wir Zielpersonen auswählen, da fallen etwa 60, 70 Prozent durchs Raster. Das sind Akten, die müssten im Prinzip nach meinem Wissen nach fünf Jahren gelöscht werden; aber da gibt es auch nur interne Verabredungen zu.

Bei Personen, mit denen wir Kontakt hatten, aber wo sich daraus keine größeren Operativmaßnahmen ergeben haben, da ist so in etwa die Zehnjahresfrist ins Auge gefasst, und bei V-Personen, die mit uns über eine längere Zeit in Verbindung standen, ist so ganz grob die 15-Jahres-Frist als Frist anzusehen, nach denen wir dann gehandelt haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nun sind nach dem, was ich zumindest in einer groben Durchsicht feststellen konnte, die Werbungsakten aber noch da von dem Vorgang?

Zeuge Lothar Lingen: Herr Vorsitzender, wir kommen jetzt, glaube ich, in den Bereich rein, wo ich ganz gerne von meinem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch machen möchte.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
Ich habe eine Frage genau zu der Frage!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der Kollege Wolff hat eine Zwischenfrage.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich würde nur generell gerne wissen, ob Sie Ermessensspielraum haben bei der Löschung.

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und nach welchen Kriterien wird der Ermessensspielraum ausgeübt, und wer übt ihn aus? Referatsleiter, Abteilungsleiter?

Zeuge Lothar Lingen: Also, wir haben Ermessensspielraum. Das geht aus der Dienstvorschrift hervor. Konkret entscheidet der Referatsleiter über die Löschung oder Vernichtung von Akten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen gleich zu der Befragung durch die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen. - Ich habe noch eine Frage. Seitdem Sie Referatsleiter sind, wie oft kam es vor, dass Sie von der Behördenleitung ersucht worden sind, Akten zusammenzustellen zu einem bestimmten Vorgang? Ist das sozusagen Alltagspraxis, oder ist das vielleicht ein-, zweimal im Jahr?

Zeuge Lothar Lingen: Also, Fragen zur Praxis der Beschaffung kommen vonseiten der Amtsleitung relativ selten, im letzten halben Jahr oder in den letzten acht, neun Monaten natürlich täglich, teilweise mehrfach täglich. Das ist eine Praxis, die ich so früher nicht kannte. Da waren Fragen oder Anfragen der Amtsleitung in der Beschaffung vielleicht - ich weiß nicht, ob man das quantifizieren kann - einmal pro Woche oder alle zwei Wochen mal.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie einen solchen Auftrag bekommen haben, wie war dann der Ablauf? Haben Sie dann selber sich ins Archiv begeben und geschaut, oder haben Sie damit Mitarbeiter beauftragt, die Sichtung von Unterlagen vorzunehmen und daraufhin Akten zusammenzustellen?

Zeuge Lothar Lingen: In der Regel kommen solche Aufträge schriftlich per Lotus Notes, dann über den Abteilungsleiter, den Referatsgruppenleiter zum Referatsleiter, also in diesem Fall jetzt zu mir, und wenn es nicht Fragen sind, die ich aufgrund meiner Arbeitsinstrumentarien gleich beantworten kann, beauftrage ich meine Mitarbeiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Möchten Sie was dazu sagen, wie das im konkreten Fall war, ob Sie da selber gesichtet haben oder Mitarbeiter beauftragt haben? Das ist, glaube ich, jetzt nicht so sensibel wie die Frage - -

Zeuge Lothar Lingen: Nein, möchte ich nichts zu sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Möchten Sie nichts zu sagen. - Dann bedanke ich mich erst mal soweit, und wir beginnen mit der ersten Berliner Runde. Herr Lingen, das müssen Sie sich so vorstellen, dass jetzt die Vertreter der fünf im Bundestag vertretenen

Fractionen die Möglichkeit bekommen, Fragen an Sie zu richten, und zwar geht das nach Stärke der Fractionen, und weil die Union, die CDU/CSU, die stärkste Fraction im Deutschen Bundestag ist

(Zuruf des Abg. Sönke Rix (SPD))

- gegenwärtig -, hat jetzt die CDU/CSU das Fragerecht, und es stellt die Fragen der Kollege Clemens Binninger. Bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es wirkt ziemlich ausgeschlafen, Herr Vorsitzender, was Sie so sagen.

(Heiterkeit)

Herr Lingen, ich hoffe, Sie sehen, dass wir bemüht sind, Ihnen eine faire Chance zu geben, uns auch bei der Aufklärung zu helfen. Wir respektieren ja Ihre Zeugenrechte. Ich bedanke mich noch mal, dass Sie da sind.

Ich hätte zunächst ein paar Fragen noch mal zu Ihrer dienstlichen Vergangenheit. Das ging etwas schnell. Könnten Sie noch mal vielleicht auch mit Mitte der 90er, weil da begann ja auch die Operation „Rennsteig“ - Sie waren dann irgendwann mit xxxxxxxxxxxx beauftragt -, nur mal kurz vielleicht in Zeitblöcken skizzieren, also wann war xxxxxxxxxxxx, wann war xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx, und was haben Sie dort bei Rechtsextremismus gemacht?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, Herr Abgeordneter, ich habe im Jahre 1997 meine Arbeit bei der Arbeitsgruppe xxxxxxxxxxxx aufgenommen und habe sie bis Ende 2001² nach meiner Erinnerung ausgeübt. Davor war ich im Bereich der xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx tätig im Rechtsextremismus und danach auch wieder.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist das regional begrenzt? Wie muss man sich das vorstellen? Sie müssen das ja ein bisschen koordinieren, dass jetzt nicht alle BfV-Mitarbeiter in das gleiche Bundesamt strömen oder dass man auch mit den Landesbehörden ja in die Quere kommt. Für welchen Bereich, also jetzt auch regional, waren Sie tätig im Bereich der xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx?

Zeuge Lothar Lingen: Also, die Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern ist so verteilt, dass das Bundesamt für Verfas-

schungsschutz bei überregionalen Aktivitäten aus der Szene zuständig ist und für terroristische Bestrebungen abseits jetzt mal der Parteien wie der NPD, die bundesweite Strukturen aufweisen. Wir arbeiten dann in Absprache mit den Ländern, wie das auch in der Operation „Rennsteig“ der Fall war. „Rennsteig“, da ging es um ein Beobachtungsobjekt, was auf Thüringen begrenzt war, was keine überregionalen Aktivitäten entfaltet hat, damals gelegentlich nach Bayern, aber das war im Prinzip eine Ausnahme.

Wir haben da die thüringische Landesbehörde unterstützt bei Werbungsmaßnahmen, um Informationen aus der Szene zu bekommen, und wir waren in den damals existierenden xxxx Werbungsreferaten so organisiert, dass wir regionale Zuständigkeiten hatten. Wir haben uns das Bundesgebiet aufgeteilt in Regionen. Das eine Referat war in der Region tätig und das andere in einer anderen Region. Wie die regionale Aufteilung jetzt im Einzelnen lief, das kann ich jetzt nicht mehr sagen. Ich weiß nur, dass ich damals für Thüringen nicht zuständig war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie sich noch daran erinnern, dass - - Die Operation „Rennsteig“ begann ja 1996. Können Sie sich noch daran erinnern, wer damals dafür den Impuls gegeben hat, welche Behörde - - War das eine Idee, hier neue Forschungs- und Werbemethoden auszuprobieren, die aus dem BfV selber kam oder von einer anderen Behörde?

Zeuge Lothar Lingen: Na ja, also die Beobachtung des Rechtsextremismus, die wird ja nicht nur in den Ländern vorgenommen, sondern auch bei uns. Wenn wir erkennen, dass es militante Bestrebungen gibt wie im Fall Anti-Antifa Ostthüringen bzw. THS, dann korrespondieren wir natürlich mit den Landesbehörden und überlegen, welche operativen Schritte wir unternehmen, häufig auch gemeinsam unternehmen, um der Informationspflicht gerecht zu werden.

Wir haben bei allen Operativvorhaben die gesetzliche Vorschrift, dass wir uns mit den Ländern ins Benehmen setzen müssen. Der Bund selbst allein oder das Bundesamt selbst allein kann nicht von sich aus aktiv werden oder sollte es, besser gesagt, nicht, sondern das geht immer nur in Verabredung mit den Ländern.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen, wer die Initialzündung für „Rennsteig“ gelegt hat,

² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

dann ist das - - meiner Erinnerung nach sind das beide Behörden gleichzeitig gewesen, das BfV und das LfV Thüringen. Man hat sich da zu einem ersten Gespräch bereits im Jahre 1996 zusammengesetzt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da waren Sie selber auch noch dabei?

Zeuge Lothar Lingen: Ich war bei dem Gespräch nicht dabei, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber in der Zeit waren Sie noch im Bereich Rechts-extremismus tätig und haben auch wahrscheinlich mitbekommen, dass da eine Operation ansteht?

Zeuge Lothar Lingen: Die Operation „Rennsteig“ war mir damals schon bekannt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wann kam denn der MAD dazu, zu dieser - - auch von Beginn an, also solange Sie noch dort waren, oder - -

Zeuge Lothar Lingen: Der MAD war, soweit ich weiß, nicht von Anfang an dabei, sondern kam erst 1997 dazu. Aber ich würde mich hier ungern festlegen wollen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Brauchen Sie nicht. - Dann, 97, haben Sie gewechselt in den Bereich xxxxxxxxxx. Gab es dafür einen bestimmten Grund, also dass Sie jetzt mal etwas anderes machen wollten, oder war dort Personalknappheit, oder hat man das Problem einfach stärker in den Blick nehmen wollen?

Zeuge Lothar Lingen: Mich hat diese hochinteressante Materie abseits von Extremismus sehr interessiert, und damals wurde das Problem der xxxxxxxxxx unserer Gesellschaft, sehr groß gemalt, und das große Bild ist dann später sehr klein geworden. Das hat sich dann nach wenigen Jahren der Bearbeitung herausgestellt, und dann bin ich auch ausgestiegen aus diesem Bereich, der hat mich dann eigentlich nicht mehr so sehr gereizt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie lange waren Sie dort genau, etwa? Können Sie sich erinnern?

Zeuge Lothar Lingen: Vier Jahre etwa.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bis 2001?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Auch dort wieder mit xxxxxxxxxx betraut oder mit anderen Aufgaben?

Zeuge Lothar Lingen: Auch mit xx-xxxxxxx.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da gab es ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Lothar Lingen: Entschuldigung. - Wir waren damals in drei Bereiche eingeteilt, und ich war für den Bereich xxxxxxxxxx zuständig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und regional für ganz Deutschland, oder?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, für ganz Deutschland.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann gingen Sie 2001 zurück wieder in die Abteilung Rechtsextremismus?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dort dann wieder gleich mit der gleichen Aufgabe wie 96, oder gab es eine - -

Zeuge Lothar Lingen: Ja, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was waren dann so die ersten - - Die Operation „Rennsteig“ lief noch. Hat man Sie da quasi wieder auf den neuesten Stand gebracht und hat gesagt: „Wir sind noch dran“?

Zeuge Lothar Lingen: Also, ich hatte davon Kenntnis, aber ich hatte damit beruflich nicht zu tun.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann die ganze Zeit nicht mehr mit „Rennsteig“?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was waren Ihre Tätigkeitsfelder dann im Bereich Rechtsextremismus, und wo waren Sie dann regional zuständig ab 2001?

Zeuge Lothar Lingen: Das weiß ich nicht mehr.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn Sie es - -

Zeuge Lothar Lingen: Also, ich hatte - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ab wo können Sie es noch eingrenzen? Ich glaube, wenn Sie 2001 sich nicht mehr erinnern können, ab wo - -

Zeuge Lothar Lingen: Nein. Ich hatte ja vorhin gesagt, dass wir eine regionale Aufteilung des Bundesgebietes hatten, und ich war mit meinem Referat in anderen Bundesländern tätig. Das hat aber auch teilweise gewechselt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das, was Sie da gemacht haben - - Haben Sie im Rahmen Ihrer dann dienstlichen Tätigkeit - unabhängig davon, ob es in anderen Bundesländern war - jemals auch zu der Zeit schon etwas gehört über diese Jenaer Bombenbauer, die abgetaucht sind, die man sucht, wo man ja auch versucht hat, mit anderen Behörden das abzuklären, ob jemand Hinweise hat? Also, war Ihnen der Fall als solches: „Da gibt es ein Trio, das hat zum ‚Thüringer Heimatschutz‘ gehört, den Sie ja gut gekannt haben, da ist ein Trio abgetaucht, und die haben wir seit 98 nicht mehr gefunden“ - - Ist Ihnen das irgendwann mal dienstlich direkt oder indirekt bekannt geworden?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man auch nie drüber gesprochen, so in der Abteilung? Ich weiß nicht, wie muss man sich das vorstellen? Tauschen Sie sich gelegentlich aus in der Abteilung über die Referatsleiterrunde, oder - -

Zeuge Lothar Lingen: Selbstverständlich. Wir tauschen uns natürlich auch in der Referatsgruppe xxx aus, also in der Beschaffungsgruppe, und da ist über so was

auch geredet worden. Ich kann mich jetzt allerdings nicht mehr daran erinnern, dass über zwei abgetauchte Rechtsextremisten gesprochen wurde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es waren ja drei, aber - -

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es war nicht in dem Maße präsent, dass Sie jetzt sagen können, das war ein Thema, -

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - und was laufen für Maßnahmen, was können wir tun, um zu helfen oder zu suchen?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Ganz andere Frage - ich hoffe, das passt jetzt auch noch -: Sie sind 2001 wieder zurück. Der Dienstsitz ist Köln. Von Ihnen auch?

Zeuge Lothar Lingen: Bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also Ihr Büro selber sitzt auch in Köln in dem großen Gebäude, das wir alle kennen?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie waren wieder im Bereich Rechtsextremismus, und 2001 und 2004 gab es zwei Sprengstoffanschläge in Köln, 2001 mit einem schwer verletzten Opfer, 2004 mit vielen Opfern, bis zu 30 zum Teil lebensgefährlich verletzten Opfern, in der Keupstraße die Nagelbombe.

Zeuge Lothar Lingen: Das ist mir noch sehr gut in Erinnerung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie mit dem Fall irgendwie zu tun dann überhaupt?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat irgendjemand in Ihrer Abteilung sich um den Fall mal gekümmert? Können Sie sich daran erinnern, vor allem an den 2004? - Ich meine, das ist ja ein Ereignis, das ja in Köln, Gott sei Dank, nicht häufig vorkommt.

Zeuge Lothar Lingen: Ja, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da erinnert man sich noch so ein bisschen an die Zeit: Wo war ich an dem Tag? Was kam danach?

Zeuge Lothar Lingen: Also, bei solchen Ereignissen geht man, auch wenn diese Ereignisse nicht direkt evident sind für Rechts-Extremismus, natürlich geistig die V-Leute in der Szene durch, die geografisch Kenntnis haben könnten. Da wir aber, das Bundesamt, in Köln damals keine Quellen geführt haben und auch im Umkreis nicht, hat sich die Frage praktisch gar nicht gestellt, ob wir vorzugsweise V-Leute befragen könnten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie noch etwas zum Verfahren sagen? Wir sind bei einer anderen Zeugenvernehmung darüber gestolpert. Wie ist der übliche Ablauf bei so einem -- Bleiben wir bei dem Anschlag in Köln, der ja in die Zuständigkeit der örtlichen Kölner Polizei fällt. Dann kommt der polizeiliche Staatsschutz, dann kommt das LfV. Also, die Bundesbehörden, auch wenn sie ihren Dienstsitz in Köln haben, sind rein von der Zuständigkeit her zunächst eher mal weiter weg. Ist es da üblich, dass Sie, wenn Sie so etwas hören aus den Medien, eigeninitiativ sofort tätig werden und sagen: „Wir klären das jetzt ab“, und mit der Dienststelle vor Ort Kontakt aufnehmen, oder machen Sie es rein gedanklich und warten, bis die Anfrage der zuständigen Polizei oder LfV-Dienststelle kommt?

Zeuge Lothar Lingen: Dafür ist das BfV zu weit weg, um bei örtlichen Ereignissen initiativ zu werden; also das fällt in der Regel in den Automatismus der Zusammenarbeit zwischen den Landesämtern für Verfassungsschutz und der Polizei.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, wir sind darüber gestolpert, dass es im -- Ich will Ihnen das nur so sagen, weil es auch in der öffentlichen Sitzung ja schon besprochen

wurde und deshalb auch kein Geheimnis ist, dass bei diesem Nagelbombenanschlag in Köln 2004 zweieinhalb Stunden nach der Tat, also wirklich noch die heiße Tatortphase, das BfV, ein Mitarbeiter, den wir noch nicht kennen, aber sicher noch ermitteln, von sich aus im Lagezentrum der Polizei angerufen hat, in Funktion BfV, und dringend die Vermittlung eines Kontaktes zu einem bestimmten Mann des LfV gebeten hat, was dann wohl auch erfolgt ist. Das schien uns sehr ungewöhnlich, dass das BfV, so wie Sie es ja gerade beschrieben haben und so wie wir es aus anderen Vernehmungen kennen, da zweieinhalb Stunden nach der Tat selber sich aktiv einschaltet und um Kontaktvermittlung bittet, die dann wohl auch erfolgt. Also, das ist nicht der normale Weg?

Zeuge Lothar Lingen: Das ist eher ungewöhnlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, danke. - Jetzt will ich mich noch mal an den aktuellen Fall herantasten. Sie werden mir dann schon zu verstehen geben, wenn es nichts gibt. Haben Sie einen Überblick zahlenmäßig - keine exakte Zahl brauche ich; mir würde zwei- oder dreistellig genügen, wenn Sie es so eingrenzen können -, über wie viele Akten Sie überhaupt quasi Herrschaft haben als Referatsleiter im Bereich der V-Mann-Führung, der Werbung? Gibt es da eine Zahl, gibt es eine räumliche Vorstellung? Wie müssen wir uns das vorstellen? In Ihrem Aufgabengebiet, die V-Mann-Akten, die Werbungsakten, die dort angefallen sind, für die Sie ja zuständig sind mit Ihren Mitarbeitern, gibt es da eine Größenordnung, jetzt nicht nur für THS, sondern insgesamt? Sie müssen uns nicht exakte Zahl sagen, mir würde eine Einschätzung reichen.

Zeuge Lothar Lingen: Ja, Herr Abgeordneter, wir haben also einen großen Aktenraum. Der ist etwa xx Quadratmeter groß. Da befinden sich Rollschränke drin, und da sind - getrennt voneinander - die Papierakten der V-Mann-Führung und die der Werbung untergebracht. Im Bereich der V-Mann-Führung möchte ich hier nicht sagen, um wie viele Akten es sich handelt. Im Bereich der Werbung sind das über Jahre angelaufen etwa, also mindestens xxxxx Akten.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wie viele?)

- XXXXX.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist ja eine große Zahl. Da kann man ja nicht, egal wie gut das Gedächtnis ist, den Überblick haben, welche Akte steht zur Löschprüfung an. Irgendwann muss man das ja mal wissen. Oder hat man eine Wiedervorlageliste, wo nur das Datum draufsteht, die einem der zuständige Referent oder Sachbearbeiter quartalsweise vorträgt? Gibt es eine automatisierte Meldung? Gibt es irgendwo was Elektronisches? Also, wie erfahren Sie überhaupt, dass von diesen xxxxx Akten jetzt zwei, fünf oder zehn Akten theoretisch vernichtungsreif wären?

Zeuge Lothar Lingen: Die Frage hat sich für uns in den letzten Jahren nicht gestellt, weil -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie einfach mal gesammelt haben.

Zeuge Lothar Lingen: - wir ja gesammelt haben. Wenn ich das mal so vielleicht ein bisschen locker sagen darf, dass wir in der Beschaffung anders als in der Auswertung natürlich über unsere Operativfälle deshalb gerne über Jahre Bescheid wissen, weil es ja sein kann, dass wir auf ein und dieselbe Zielperson -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wieder mal stoßen.

Zeuge Lothar Lingen: - ansonsten zweimal zugehen würden, wenn wir da keinen Aktenrückhalt hätten. Deshalb gab es die Tendenz, Beschaffungsakten sehr lange aufzubewahren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie denn in Ihrer Zeit jemals andere dann - - Aber irgendwann kommt man dann trotzdem an den Punkt - Sie sind ja kein Bundesarchiv - - Irgendwann kommt man ja dann an den Punkt, zu sagen: Jetzt müssen wir mal die ganz alten Akten, die aus den 80er-Jahren sind oder was auch immer - manche Personen leben dann vielleicht schon gar nicht mehr -, vernichten, weil wir die wirklich nicht mehr für unsere dienstlichen Belange brauchen. Auch da muss es doch irgendwie ein Verfahren geben, dass Sie auf diese Akten stoßen. Sie können ja nicht jedes Mal in

diesen quadratmetergroßen Raum gehen und sagen: Jetzt blätter ich alle xxxxx durch. Gibt es da ein Verfahren?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, da gibt es kein Verfahren, und die Regale waren sehr aufnahmefähig dafür.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie werden mir die Frage nicht beantworten. Es ist deshalb auch eher eine abschließende Frage und Feststellung von mir. Aber dann bleibt es für mich persönlich umso verwunderlicher, dass dann bei einer Sichtung Sie Akten sofort vernichten lassen, nur weil sie keinen Bezug zum aktuellen Verfahren haben, weil sie könnten ja immer wieder mal eine Rolle spielen. Das überrascht mich dann sehr. Sie müssen nichts darauf kommentieren, aber wenn Sie wollen gerne. - Der Anwalt schüttelt den Kopf; dann will ich auch nicht drängen. Aber Sie müssen das mitnehmen als - - Das ist unsere Wahrnehmung jetzt. Wenn Sie das so beschreiben, was ich ja nachvollziehen kann, gerade bei V-Mann-Anwerbung, dass man nicht dreimal an den gleichen gerät und der sich eins lacht oder was auch immer, dass man da vielleicht etwas länger aufbewahrt - - Aber dann ist diese schnelle Löschung von sieben V-Mann-Akten umso überraschender.

Zeuge Lothar Lingen: Ja, Herr Abgeordneter, wir begeben uns in der Tat jetzt in den Bereich, wo ich - -

(Dr. Eva Högl (SPD): Es war ja eine Bemerkung!)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Lothar Lingen: Ich würde ganz gerne vielleicht doch etwas Allgemeines dazu sagen. Uns ist natürlich selbstverständlich aufgefallen, dass in diesem Raum es immer mehr Akten gibt über Jahre und dann noch mehr Akten gibt. Und wir haben dann im gesamten Beschaffungsbereich gesagt, dass wir dann Akten löschen, wenn wir sie sozusagen auf dem Tisch haben aus gegebenen Anlass und dann feststellen: Wir benötigen die Akten nicht mehr. Dann haben wir anlassbezogen gelöscht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sozusagen quasi auf Zuruf. Wenn Ihnen auf Zuruf eine Akte auf den Tisch kommt, dann gucken

Sie drauf, bewerten das, und dann kommt sie weg. Und wenn die Akte eine Rolle spielt, dann kann es sein, sie schlummert 15 Jahre dort und wird irgendwann mal gelöscht.

Zeuge Lothar Lingen: Das ist korrekt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut. Dann habe ich keine Fragen mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der Kollege Stracke hat weitere Fragen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Mich würde daran anknüpfend die Rolle des Datenschutzbeauftragten in Ihrem Haus interessieren. Wir haben jetzt verstanden, dass im Bereich der Beschaffung Ihre Akten grundsätzlich eher etwas länger vorgehalten werden aus grundsätzlich nachvollziehbaren Gründen und die Entscheidung nach der dienstlichen Notwendigkeit her erfolgt und die Anhaltspunkte, jetzt grundsätzlich mal diese Fristen von fünf oder zehn Jahren, eher solche sind, die Anhalte bieten, aber jedenfalls hier keine Systematisierung erlauben.

Es würde mich interessieren, neben dieser Dienstanordnung, die das wohl vorsieht: Welche Funktion hat in Ihrem Haus der Datenschutzbeauftragte, gerade was die Vorgehaltung von Akten bzw. dann die Löschung von solchen betrifft? Ganz allgemein gesehen, nicht auf Ihren spezifischen Fall.

Zeuge Lothar Lingen: Also, es fällt mir schwer, auf diese Frage zu antworten. Der Datenschutzbeauftragte bei uns hat sozusagen im Bereich der Beschaffung ganz selten Mitspracherecht oder begibt sich von selbst aus in diesen Aktenbereich rein. Kontakte mit dem Datenschutzbeauftragten in den Jahren, auf die ich zurückblicken kann, waren sehr wenige.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Der Datenschutzbeauftragte selber wird von sich aus nicht tätig nach gewissen Zeiträumen?

Zeuge Lothar Lingen: Nein. Wenn Sie das Vernichten von Akten ansprechen, nein.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ist diese Rolle in der Dienstanordnung noch mal spezifischer niedergelegt, des Datenschutzbeauftragten, welche Funktion er ausübt?

Zeuge Lothar Lingen: Da gibt es eine Dienstanweisung, selbstverständlich. In der Dienstanweisung „Beschaffung“ steht dazu nichts drin.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann wechselt das Fragerecht jetzt zur SPD-Fraktion. Das Wort hat die Kollegin Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Guten Morgen, Herr Lingen! Ich stelle jetzt die Fragen für die SPD-Fraktion.

Ich möchte mit einem beginnen, was Sie gesagt haben: dass Sie Anfang der 90er-Jahre sehr daran interessiert waren und eine Motivation hatten, Ihren Beitrag zu leisten, Rechtsextremismus zu bekämpfen. Können Sie uns vielleicht mal mitteilen, worin dieser Beitrag lag, worin Sie den gesehen haben und was Sie konkret da aus Ihrer Sicht getan haben, um Rechtsextremismus zu bekämpfen.

Zeuge Lothar Lingen: Anfang der 90er-Jahre gab es einen sprunghaft ansteigenden Rechtsextremismus, besonders in den neuen Bundesländern: Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen. Überall bildeten sich Kameradschaften. Die NPD erstarkte relativ schnell, und die damals sehr virulente Skinheadbewegung spielte, was Gewalt anging, eine wichtige Rolle. Ich habe mich damals für den Bereich Beschaffung beworben, weil dort - natürlich, klar - ein Referatsleiter gesucht wurde und mich auch die Aufgabe gereizt hat, eben V-Leute anzuwerben, um von ihnen Informationen zu bekommen. Das war damals für mich Neuland, der ich fünf Jahre in der Auswertung gesessen habe.

Wir haben damals einen sehr großen Personalkörper gehabt. Wir hatten xxxx ausgeprägt große Werbungsreferate, und die Politik unserer Amtsleitung ging dahin, zunächst mal Informationen zu beschaffen, und das in der Breite, um dann später den Auswertungsbereich zu stärken. Die Abteilung 2 ist da innerhalb eines Jahres, anderthalb Jahren um das Doppelte gewachsen. Wir hatten in den neuen Bundesländern auch wirklich große Werbungserfolge. Anders als die Verkapselung der Szene heute, war es damals so, dass es auch noch viele Rechtsextremisten gab, die damals mit uns auch gesprochen haben. Da waren Erfolge zu

Namen, als das rauskam? Also, da konnten Sie - -

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Ach so, das nicht.

Zeuge Lothar Lingen: Die sagten mir nichts.

Dr. Eva Högl (SPD): Die sagten Ihnen nichts?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, das war für Sie auch völlig neu. - Herr Lingen, ich will auch mal versuchen, mich ganz sensibel dem Zeitpunkt zu nähern, aber über ganz allgemeine Fragen in Ergänzung zu dem, was meine Kollegen auch gefragt haben zu der Praxis im Bundesamt für Verfassungsschutz. Ich selbst habe zehn Jahre in einem Ministerium gearbeitet. Aber im Arbeitsministerium läuft das mit den Akten ganz anders, glaube ich, als im Verfassungsschutz. Deswegen frage ich da einfach mal ein bisschen nach.

Zunächst mal will ich noch mal fragen: Was sind denn für Sie generell so bei der Aktenführung und dann auch bei der Archivierung und auch bei der Löschung Ihre Orientierungspunkte? An welchen Rechtsvorschriften orientieren Sie sich?

Zeuge Lothar Lingen: Zunächst mal möchte ich sagen, dass wir eine Behörde sind, die sehr bürokratisch vorgeht, und, anders vielleicht als bei den Landesämtern für Verfassungsschutz, das BfV immer den Ruf, dass wir die Wirklichkeit eins zu eins abbilden - - Bei uns wird auf die Aktenpflege im Prinzip großer Wert gelegt in dem Sinne, dass alles das, was im Bereich der Beschaffung an Information gewonnen wird, auch sich eins zu eins abbildet.

Was die Frage nach den Vorschriften betrifft, dann kann ich mich im Prinzip auf die Dienstvorschrift „Beschaffung“ berufen, wo es zur Frage des Vorrätighaltens von Akten unter Abs. 4 nähere Ausführungen gibt. In diesen Ausführungen steht auch drin, dass wir Akten löschen, wenn sie dienstlich nicht mehr notwendig sind.

Dr. Eva Högl (SPD): Das haben Sie eben ausgeführt, was in Ihrem Fall dann die Krite-

rien sind für eine Prüfung von „dienstlich nicht mehr notwendig“. Sie haben vorhin angesprochen die Frist von fünf Jahren, von zehn Jahren und von 15 Jahren. Können Sie da noch mal vielleicht schildern, wie diese Fristen - denn die sind ja noch mal etwas anderes als die dienstliche Notwendigkeit - bei Ihnen in der Praxis gehandhabt werden?

Zeuge Lothar Lingen: Also, diese Fristen gibt es noch nicht sehr lange. Das sind Fristen, die wir im Gespräch mit den Landesbehörden festgestellt haben und nach denen wir uns dann bemüht haben zu arbeiten. Diese Fristsetzung durch uns selbst ist noch nicht sehr alt. Die ist, würde ich sagen, gerade mal zwei Jahre alt.

Dr. Eva Högl (SPD): Was meinen Sie mit Fristsetzung durch Sie?

Zeuge Lothar Lingen: Die Fristsetzung, diese Rhythmen, fünf Jahre und diese fünf Jahre auch immer über den Daumen gepeilt, zehn Jahre und 15 Jahre.

Dr. Eva Högl (SPD): Spielt denn das Bundesverfassungsschutzgesetz bei Ihnen da auch eine Rolle? Denn da gibt es ja auch Bestimmungen, § 12 beispielsweise, zur Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten. Das ist ja auch für Sie die Vorschrift, die Sie anwenden müssen. Da sind auch Fristen drin. Spielt das in Ihrer täglichen Praxis eine Rolle?

Zeuge Lothar Lingen: Das spielt in der Beschaffung, wie ich ausgeführt habe, keine Rolle.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Ich frage das nach, weil mich das wundert; denn in dem Bundesgesetz über den Verfassungsschutz wird nicht danach unterschieden, ob es sich um Akten der Beschaffung oder der Auswertung handelt. Ich habe das eben sehr wohl wahrgenommen, dass Sie das ausgeführt haben, dass Sie eine andere Praxis bei der Auswertung haben als bei der Beschaffung. Das ist Ihre behördeninterne Praxis. Das Gesetz spiegelt das allerdings nicht wider. Ist das bekannt im Haus, dass das eine eigene Praxis ist im Haus?

Zeuge Lothar Lingen: Das ist im Haus bekannt, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Darüber stolpert man, Herr Lingen. Das betrifft jetzt auch nicht den konkreten Fall, sondern die generelle Praxis im Bundesamt für Verfassungsschutz.

Zeuge Lothar Lingen: Das verstehe ich absolut; aber ich hatte ja vorhin auch versucht, zu erklären, warum wir bei den Beschaffungsakten eine Ausnahme machen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Lothar Lingen: Sie müssen sich das einfach praktisch vorstellen.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, ich kann mir das praktisch gut vorstellen. Nur, ich bin selbst auch Juristin, und ich lege großen Wert auf die Befolgung von Gesetzen, wie wir alle, glaube ich. Die Frage stellt sich auch, ob dem Innenministerium das so bekannt ist, dass es da eine Praxis gibt, die sich jedenfalls im Gesetz nicht wiederfindet.

Dann möchte ich ganz kurz mal fragen, wie diese Praxis geübt wird im Ministerium. Also, gibt es da auch Kontakt zur Leitung? Sie haben ja geschildert, dass Sie eine Akte auf den Tisch kriegen und dann per Zufall, so habe ich das verstanden, entscheiden: „Kommt weg“ oder „Heften wir noch mal wieder zurück“, bei den Papierakten. Wie wird das bei den elektronischen Akten gehandhabt? Ploppt das dann mal irgendwann auf im Computer, oder gucken Sie sich das auch dann an?

Zeuge Lothar Lingen: Bei den elektronischen Akten haben wir aufgedruckt eine Vierzigjahresfrist. Das ist die Frist, wo es dann darum geht, die Frage zu beantworten, ob die Akten ins Bundesarchiv kommen.

Dr. Eva Högl (SPD): 40?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. - Und die Frist, die wir im Gesetz haben, von fünf Jahren - da sagt das Bundesverfassungsschutzgesetz: Prüfung, ob gelöscht werden muss - und nach zehn Jahren - gelöscht werden, außer im Einzelfall ist anders zu entscheiden -, die spielt bei den elektronisch geführten Akten gar keine Rolle? Also, eine automatische Wiedervorlage gibt es da nicht?

Zeuge Lothar Lingen: Diese Frage kann ich nicht so genau beantworten, weil die xxxxxxxxxxxxxx Akte bei uns ja erst seit fünf, sechs Jahren existiert.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Ich habe das überlegt bei meiner Frage, aber die Fünfjahresfrist, da müsste schon mal was aufgeplopt sein; denn es gibt länger Ihre xxxxxxxxxxxxxx Aktenführung, wenn ich das richtig verstanden habe, als fünf Jahre.

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, das spielt bei Ihnen keine Rolle? Da gibt es kein reguläres - ich will das einfach nur festhalten - System der Aktenvorlage, der Prüfung?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, ich halte fest - das ist keine Kritik jetzt individuell an Ihnen -, dass es kein System gibt, den im Bundesgesetz festgeschriebenen Fristen irgendwie auch nur ansatzweise Rechnung zu tragen, sondern das ist ein sehr zufälliges Geschehen.

Zeuge Lothar Lingen: In der Beschaffung, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. - Dann wollte ich noch mal fragen: Wenn Sie dann Fälle haben, die Ihnen zufällig auf den Tisch kommen und bei denen Sie denken: „Ach, wir hatten schon ganz lange keinen Kontakt mehr zu der Person; die könnten wir beseitigen“, wird das rückgekoppelt mit der Leitung? Weil da gibt es einen Ermessensspielraum - das hatte Herr Wolff vorhin ja auch angesprochen - für Sie. Gibt es da einen engen Kontakt zur Leitung bei solchen Fragen, oder entscheiden Sie das selbst?

Zeuge Lothar Lingen: Was meinen Sie mit Leitung?

Dr. Eva Högl (SPD): Wird dieser Ermessensspielraum von Ihnen als Referatsleiter ausgeübt, oder werden Vorgesetzte konsultiert, etwa der Abteilungsleiter oder gar noch weiter oben?

Zeuge Lothar Lingen: Also, in der Praxis nur der direkte Vorgesetzte.

Dr. Eva Högl (SPD): Der direkte Vorgesetzte ist dann Ihr Gruppenleiter?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Der Gruppenleiter. Den würden Sie involvieren und würden ihn informieren darüber, wenn Sie sich entscheiden haben?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. - Dann darf ich noch mal nachfragen über diese Frage der Handhabung innerhalb des Hauses bei der Beschaffung von, der Führung von Akten. Gibt es da bei Ihnen im Haus auch Schulungen, also etwa wenn Sie neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen? Oder tauscht man sich da unter Kollegen auch mal aus über eine neue Praxis, wenn etwa eine neue Dienstvorschrift kommt oder Ähnliches?

Zeuge Lothar Lingen: Wenn eine neue Dienstvorschrift kommt, dann werden die Mitarbeiter auch unterrichtet, in der Regel dann von den Referatsleitern. Aber Sie müssen sehen, dass das Thema natürlich heute hochinteressant, brisant ist, aber in unserer jahrelangen Praxis im Prinzip eher eine geringere Rolle gespielt hat, zumindest in meinem Arbeitsbereich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wird, zumindest vorläufig, wechseln, und zwar in Richtung FDP. Das Wort hat der Kollege Hartfrid Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Zunächst einmal: Es erreichen uns gerade Nachrichten, dass aus dieser Sitzung draußen berichtet wurde. Insofern möchte ich nur darauf hinweisen - -

(Zuruf: Was wurde da berichtet?)

- Zum Beispiel der Arbeitsname. Der Arbeitsname scheint draußen bereits zu kursieren. - Also, insofern möchte ich nur darauf hinweisen, dass hier vielleicht eine gewisse Seriosität in diesem Raume dringend nötig wäre und man über eine Einstufung jedenfalls mal diskutieren könnte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist gestern eine Ausschussdrucksache verteilt

worden als Material, das Schreiben des Rechtsanwalts. Insofern ist es jetzt nicht zwingend, dass die Information über den hier verwendeten Arbeitsnamen aus der Sitzung direkt kolportiert worden sein muss.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay, ich wollte nur darauf hinweisen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber wir sind uns einig, dass wir nichtöffentlich tagen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das ändert nichts daran, dass wir versuchen, gemeinsam seriös zu arbeiten. - Gut.

Herr Zeuge, wichtig ist - ich möchte auch Detailfragen stellen -: Selbstverständlich, wenn Sie sagen, Sie sagen dazu nichts, ist das sofort respektiert. Sie halten einfach die rote Fahne verbal hoch, und dann ist das überhaupt kein Thema.

Mich würde generell zunächst mal interessieren, ob Sie, nachdem Sie auch so lange schon aktiv waren, auch in der Beschaffung, Akten kennen, die aus operativen Gründen unvollständig sein könnten, auch in der Vergangenheit; jetzt nicht, vor 2011.

Zeuge Lothar Lingen: Nicht aus operativen Gründen, sondern aus Gründen, dass vielleicht einzelne Blätter der Akten entfernt wurden und es nicht mehr zu rekonstruieren ist später, warum das geschehen ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Was haben Sie denn gedacht, als Sie gehört haben, dass es, was ja jetzt in den letzten Tagen veröffentlicht wurde, unvollständige Akten aus operativen Gründen gegeben haben könnte?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Dateien, nicht
Akten!)

- Dateien, Entschuldigung.

Zeuge Lothar Lingen: Dateien können auch unvollständig sein, genauso wie Akten unvollständig sein können. Da können menschliche Gründe eine Rolle spielen, dass Mitarbeiter vielleicht vergessen haben, Datensätze anzulegen; aber im Prinzip ist das nicht möglich.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, systematische Gründe gibt es keine?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Komplett?

MDg Dr. Hans Georg Maaßen (BMI): Inhalt wiederhergestellt.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Frage ist: Ist eine vollständige Rekonstruktion möglich oder nur eine teilweise?

MDg Dr. Hans Georg Maaßen (BMI): Partiiell.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Partiiell, ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sind Sie noch konkret dran - auch die Frage an das BMI -, hier noch diese Möglichkeiten auch zu nutzen, jetzt weiter zu rekonstruieren? War das, was wir gestern gesehen haben, quasi ein Zwischenstand?

MDg Dr. Hans Georg Maaßen (BMI): In der Tat, das war ein Zwischenstand. Das Bundesamt ist von uns gehalten, weitergehend den Vorgang aufzuklären, damit nach Möglichkeit die Akten komplett rekonstruiert werden können.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Dann besteht auch für den Ausschuss die Möglichkeit, dann noch mal den neuen Zwischenstand möglicherweise noch mal anzusehen?

MDg Dr. Hans Georg Maaßen (BMI): Das biete ich an.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gut. Das hatte jetzt mit Ihnen konkret nichts zu tun, hatte aber indirekt mit der Frage auch zu tun, weil für uns interessant war, wieweit Akten rekonstruierbar waren.

Jetzt wird es etwas konkreter. Wir haben die Anfrage vom 08.11.2011 an Sie. Kennen Sie die? Erinnern Sie sich an den Inhalt?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie diesen Auftrag weitergeleitet?

Zeuge Lothar Lingen: Dazu würde ich gerne nichts sagen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gut. Ist das E-Mail-Kürzel, was Sie generell haben im Haus, xxxxxxxx? Oder xxx? Haben Sie ein E-Mail-Kürzel im Haus?

Zeuge Lothar Lingen: Wir haben E-Mail-Kürzel, aber zu meinem E-Mail-Kürzel möchte ich keine Aussage machen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay. Wenn ich hier eine - - Wir haben eine E-Mail in den Akten gefunden, versandt von xxxxxxxx an das Referat xxx vom 09.11., 14.24 Uhr. Herr Maaßen, diese E-Mail kenne ich nicht. Ich kenne nur die E-Mail vom Präsidenten. Ist da eine Lücke in den Akten? Ist das etwas, was man noch ergänzen müsste? Könnte da das BMI noch mal helfen bei der Aufklärung, ob man dieses auch bei den neuen Akten dann findet?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie kurz einen Vorhalt machen, auch für das Protokoll?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Entschuldigung, ja gerne.

Es ist auf Seite - - Also, es geht um den Bericht, der uns gestern Abend erreicht hat. Die laufende Nummer ist schwer zu erkennen. Moment.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff, ich muss sagen: Wenn Sie sich auf das beziehen, was gestern verteilt worden ist: Das ist Geheim eingestuft. Das können wir nicht so ohne Weiteres hier in nicht eingestufte Sitzung - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Dann schlage ich vor, dass wir es kurz einstufen.

(Clemens Binnering (CDU/CSU):
Sind alle geheimermächtig hier drin?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Frage ist ja, ob das hier die Räumlichkeit ist, in der wir eine Geheim eingestufte Sitzung - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Meines Wissens, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das so? Frau Vizepräsidentin wird das wissen.

Petra Pau (DIE LINKE): Es ist so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist so. Okay. Dann stellen wir hiermit fest, dass ein Antrag gestellt worden ist auf Einstufung des folgenden Teils als Geheim. - Das ist dann ohne Widerspruch so beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nichtöffent-
lich: 10.27 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Zeugenvernehmung, Geheim)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nicht-
öffentlich: 10.30 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Lothar Lingen

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir ta-
gen weiter nichtöffentlich. - Das Fragerecht
wechselt zur Linksfraktion. Das Wort hat die
Kollegin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Herzlichen
Dank. - Damit ist es auch möglich, dass ich
meine Sprachhilfe benutze. Ich bitte darum,
sollten wir nachher noch mal einstufen, mich
aufmerksam zu machen, dass ich dann das
andere nutze - das nur zur Erläuterung -,
damit es Ihnen nicht so wehtut, wenn ich
spreche, beim Zuhören.

Ich würde gern auf Ihre Expertise erst mal
zum Thema Rechtsextremismus zurück-
kommen. Sie haben vorhin ja gesagt, was
Sie motiviert hat, in diesem Bereich insbe-
sondere tätig zu werden und nach einer Tä-
tigkeit in einem anderen Bereich auch wieder
zurückzukommen in diesen Bereich. Wie
definieren Sie eigentlich Rechtsextremis-
mus? - Und Sie haben vorhin gesagt: Es ist
ja auch gelungen in der Vergangenheit, ent-
stehende rechtsextremistische Strukturen zu
erkennen und erfolgreich zu bekämpfen. - Ich
wüsste gerne, wie ich mir also den Begriff
des Rechtsextremismus bei Ihnen vorstellen
muss.

Zeuge Lothar Lingen: Rechtsterrorismus
ist die Ausübung von Gewalt aus einer
rechtsextremistischen Gruppierung heraus,
um durch die Verbreitung von Angst und
Schrecken politikwirksam zu werden.

Petra Pau (DIE LINKE): Also, ich frage
das auch deshalb, weil wir gehen ja hier in
diesem Ausschuss hauptsächlich der Frage
nach, warum das Thema Rechtsextremismus
und die tödliche Gefahr, die von dieser
Gruppe ausgegangen ist, so lange nicht er-
kannt wurde. Deshalb eine zweite Frage:
Kennen Sie das Konzept des führerlosen
Widerstandes in rechtsextremen Kreisen?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, das ist mir be-
kannt.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann ver-
suche ich mich tatsächlich an die Akten he-
ranzuarbeiten, die im Übrigen auch in Ihrem
Rücken stehen und die ich gestern in der
Außenstelle ungeschwärzt einsehen konnte.
Da geht es mir jetzt gar nicht so sehr um die
Beschaffungsvorgänge und die Akten, über
die wir im Moment sprechen, sondern mir ist
aufgefallen, dass ich in all den Akten, die ich
bisher gelesen habe, sowohl hier als auch in
der Außenstelle, nirgendwo ein Datum ge-
funden habe, wann eigentlich die Operation
„Rennsteig“ geendet hat, auch keinen Ab-
schlussvermerk oder irgendetwas. Können
Sie uns dazu etwas sagen?

Zeuge Lothar Lingen: Die Operation
„Rennsteig“ ist konzeptionell - - 96 hat die
begonnen, und 97 sind wir dann auch zu-
sammen mit dem MAD operativ vorgegan-
gen, um Quellen zu werben. Das Ganze ging
dann bis 2002 und lief 2003 aus. Sie müssen
sehen: Solche Werbungsfälle, die laufen
nicht von Datum A nach Datum B, sondern
wenn wir 2001 einen Operativfall beginnen,
dann kann der bis zur Übergabe in die V-
Mann-Führung oder ans Land durchaus auch
noch länger dauern, sodass man - -

Petra Pau (DIE LINKE): Aber - -

Zeuge Lothar Lingen: Der früheste Zeit-
punkt, um von „Rennsteig“ zu sprechen, ist
1996, und der späteste Zeitpunkt wäre 2003;
da hatte sich die Gruppierung aber weitest-
gehend schon aufgelöst.

Petra Pau (DIE LINKE): Da bin ich jetzt
ein wenig verwundert. Also, ich bin erstens
verwundert, dass ich keinen Abschlussver-
merk gefunden habe; aber dem werden wir
sicherlich auch noch mal anderswo nach-
gehen. Ich habe in den Akten - ich will sie

jetzt nicht zitieren, sonst müssen wir gleich wieder einstufen - aber einen Vorgang gefunden, eine Beschaffungsmaßnahme, Werbemaßnahme aus dem Jahre 2006.

Zeuge Lothar Lingen: Da ist der -- Da hat es den „Thüringischen Heimatschutz“ nicht mehr gegeben, und auch Werbungsmaßnahmen aus diesem Bereich durfte es 2006 nicht mehr gegeben haben.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann müssen wir einstufen. Das würde ich dann doch gerne --

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Damit ist seitens der Linksfraktion beantragt, den folgenden Teil der Sitzung als Geheim einzustufen. - Ich stelle fest, dass wir dem folgen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nichtöffentlich:
10.33 Uhr - Folgt Fortsetzung
des Sitzungsteils Zeugenvernehmung,
Geheim)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nicht-
öffentlich: 10.36 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Lothar Lingen

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Wawzyniak.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ich hätte noch mal eine Nachfrage zur Aktenführung. Sie haben vorhin gesagt: Der Referatsleiter entscheidet über die Löschung von Akten. - Sie haben auf die Nachfrage von Frau Högl gesagt: Es wird der Gruppenleiter informiert. - Mich würde interessieren, ob es ein Informationssystem gibt, ein zentrales Informationssystem, wo die Löschungen zentral erfasst werden, also wo man irgendwie sagen kann: Akte soundso ist gelöscht.

Zeuge Lothar Lingen: Nein, das gibt es nicht.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Und die zweite Frage - die geht noch in einen anderen Bereich -: Es gibt die Dienstvorschrift über Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung. Die Nr. 2 sagt: Für die Beschaffung sind zuständig der Gruppen- und der Be-

reichsleiter; die bestimmen die für die Einzelfälle erforderlichen Methoden. - Meine Frage ist: Wie häufig gibt es da einen Dissens - Pi mal Daumen - bei der Frage, welche Methoden angewendet werden, und was passiert beim Dissens?

Zeuge Lothar Lingen: Da gibt es in der Regel keinen Dissens, weil wir im Prinzip alle Fachleute sind und uns in der Notwendigkeit einig sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Damit ist das Fragezeitkontingent der Linksfraktion erschöpft. Das Fragerecht geht zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, wenn Sie eine solche gemeinsame Aktion machen, wie die Aktion „Rennsteig“ mit einem Landesamt zusammen, wissen Sie dann, welche Quellen das Landesamt gleichzeitig und parallel führt?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, das wissen wir nicht. Es ist so, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz seine Operativmaßnahmen mit dem Land absprechen muss, umgekehrt aber nicht. In der Regel erfolgt das allerdings. Bei der gemeinten Festsetzung von Zielpersonen ist es so, dass man sagt: Diese oder jene Person möchte man gerne anwerben. Das wird in Gesprächen festgelegt. Und der weitere Verlauf der Anwerbungsmaßnahmen des Landes ist uns nicht bekannt. Dem Land ist aber bekannt, welchen Sachstand die Operation des BfV hat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das nicht ein struktureller Fehler? - Also, mir ist gestern aufgefallen, tatsächlich bei der Grobsichtung, wie viel Informationen über xxxxxxxxxxxx gesammelt wurden, von Ihnen: was er tut, was er denkt, was er macht. Nun wissen wir alle längst - das ist öffentlich -, dass diese Person ein V-Mann xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx war. Ist das denn sinnvoll, dass Sie Ihre Energie auf jemanden verschwenden, der selber von einem Landesamt geführt wird?

Zeuge Lothar Lingen: Herr Abgeordneter, die Frage drängt sich auf, aber ich habe darüber nicht zu befinden.

gehen und jetzt hier alles durchsehen. Wie wird das - - Wie findet man da systematisch was?

Zeuge Lothar Lingen: xxxxxxxxxxxxxxxx
xx
xx
xx
xx
xx
xx
xx
xx
xx
xx

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde die auch im Jahre 2004 eingeführt, als man sozusagen die xxxxxxxx-xxxx Akte geschaffen hat, oder gibt es die schon länger?

Zeuge Lothar Lingen: Die gibt es schon länger.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die gibt es schon länger. Das heißt, auch die Anwerbungen aus dem Bereich „Rennsteig“ sind dann schon xxxxxxx-xxxx seinerzeit erfasst worden?

Zeuge Lothar Lingen: In dieser xxx-xxxxxxxxxxx, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn wir jetzt - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Letzte Frage, Herr Wieland, bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Wenn wir jetzt lesen, was der Kollege Wolff sagte, was auch in den Zeitungen schon stand, dass es da möglicherweise Lücken gab, dann können sie durch Nichteintragen entstanden sein. Können sie auch durch Löschung entstanden sein? Wer darf löschen in dieser xxxxx?

Zeuge Lothar Lingen: Löschen darf nur auf Veranlassung des Referatsleiters.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun gibt es ja mehrere Refratsleiter, die das tun könnten, wenn ich es richtig verstanden habe, nicht nur Sie. Oder wären Sie alleine löschungsbefugt?

Zeuge Lothar Lingen: In der Zeit, wo wir xxxx Werbungsreferate hatten, gab es xxxx löschungsbefugte Referatsleiter. Zuletzt war das ich alleine.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Zuletzt“ ist seit wann?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist nun wirklich das Ausklappen. Ich habe nur noch mal die Jahreszahl nachgefragt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ja. Bitte.

Zeuge Lothar Lingen: Also, ich hatte ja davon gesprochen, dass ich etwa fünf Jahre beide Referate hatte, und das bezieht sich auf diese Zeit.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf diese Zeit. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde. Wir setzen gleich fort.

Ich habe eine Zwischenfrage. Herr Lingen, hat Ihres Wissens im Zusammenhang mit der Operation „Rennsteig“ der MAD selber Quellen geführt?

Zeuge Lothar Lingen: Entschuldigen Sie mich bitte einen Moment.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Lingen.

Zeuge Lothar Lingen: Herr Vorsitzender, ich möchte gerne zu den - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeuge Lothar Lingen: Ich möchte gerne zu den Quellen anderer Behörden keine Angaben machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Ich habe nur gefragt, weil wir haben ja festgestellt - das ist xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx-kannt - : xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx.

Zugleich war es ja eine Operation, an der drei Behörden beteiligt gewesen sind. Und mir wurde gestern von im Raum der Akten-sichtung anwesenden Mitarbeitern des Bundesamtes mitgeteilt, dass sich auch im Bereich des Landesamtes und des MAD Material befinden müsste über von diesen beiden Behörden geführte V-Leute. Aber wenn Sie sich dazu nicht äußern möchten, ist das selbstverständlich zu respektieren.

Wir kommen zur zweiten Berliner Runde. Das Fragerecht hat erneut die Unionsfraktion, und das Wort hat Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn wir uns so langsam, Herr Lingen, dem Zeitpunkt nähern, wo Sie ja einfach immer wieder auf Ihr Aussageverweigerungsrecht verweisen werden, würde mich noch mal interessieren: Wie groß ist Ihr Referat? Wie viele Mitarbeiter hat es und wie viele Referenten? - Da war ich vorher draußen - Entschuldigung! -, als das war.

Zeuge Lothar Lingen: Derzeit zehn Werbungsmitarbeiter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat von denen jeder Zugang in diesen Aktenraum?

Zeuge Lothar Lingen: Der Aktenraum wird verwaltet von einem Kollegen, und da hat nicht jeder Zugang. Dieser Kollege ist zuständig für die Verwaltung des Aktenraumes.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wer da rein will, muss sich vorher bei Ihnen - -

Zeuge Lothar Lingen: Nein, der muss sich bei der Kollegin melden und sein sozusagen Begehren kundtun.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann darf er rein?

Zeuge Lothar Lingen: Ja. Der ist besonders gesichert. Da gibt es einen - - quasi eine Zugangskontrolle, und da kann nicht jeder rein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie müssen sich auch anmelden ganz normal bei der Kollegin?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, sie kennt mich natürlich, und ich hätte da keine Probleme, zu einer Akte zu gelangen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Diese Mitarbeiter, die Sie heute haben: War einer von denen, die heute bei Ihnen im Referat sind, damals unmittelbar mit der Operation „Rennsteig“ betraut?

Zeuge Lothar Lingen: Mitarbeiter meines Referates jetzt?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau: Ist jemand der heutigen Mitarbeiter schon so lange dabei - oder aus welchen Gründen auch -, dass er damals selber von 96 bis 2003 mal mit dieser Operation „Rennsteig“ auch betraut war, mit dem Anwerben von V-Leuten, mit mehr Werbungsmaßnahmen?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, das ist nicht der Fall.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Keiner?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich finde hier in dieser Akte - - Ach so, da ist wieder das gleiche Problem. Sollen wir?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wenn Sie einen Vorhalt machen aus der Geheim eingestuftem Unterlage, dann müssen wir auch Geheim eingestuft beraten. - Damit ist die Einstufung herbeigeführt.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nichtöffentlich: 10.49 Uhr - Folgt Fortsetzung
des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Geheim)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nichtöffentlich: 10.55 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Lothar Lingen

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schuster.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Lingen, wenn ich Sie richtig verstanden habe - - Und wir gehen einfach mal zurück auf einen Monat vor dem Be-

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich sage, das Organigramm zeigt aber jetzt nicht, dass Sie diesen Projekterfolg auch aufbauorganisatorisch so umgesetzt haben.

Zeuge Lothar Lingen: Nein, dieser Projektgedanke existierte in den 90er-Jahren. Ich kann das jetzt zeitlich nicht mehr genau erfassen. Er lief über einige Jahre und ist dann wieder nach dieser Phase zurückgeführt worden in die traditionellen Referate, wo Beschaffung und Auswertung an unterschiedlichen Tischen saßen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie sehen da noch Luft nach oben - spüre ich -, weil es schon mal erfolgreich war, nicht?

Zeuge Lothar Lingen: Da gibt es sicherlich Gründe dafür, das so zu tun, Beschaffung und Auswertung sozusagen in ein Boot zu nehmen. Das ist auch bei einigen Nachrichtendiensten in dieser Welt so der Fall. Es gibt aber auf der anderen Seite auch Nachteile. Der Nachteil ist das „Need to know“-Prinzip, dass damit ein Kreis von Kollegen Kenntnis haben von Operativfällen, die sie sonst normalerweise nicht haben würden, und dann fehlt auch bei dem Führer solcher Projektgruppen entweder das Know-how im Beschaffungsbereich, oder, wenn es ein Beschaffer ist, das Know-how vielfach im Auswertungsbereich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt zurzeit keine weiteren Fragen der Unionsfraktion. Das Fragerecht hat die SPD-Fraktion. Frau Özoguz.

Aydan Özoguz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Lingen, ich habe ein paar Nachfragen zu Ihrem Tätigkeitsfeld, was Sie uns am Anfang so ausgeführt haben. Sie sagten, vor 97 waren Sie im Bereich xxxxxx-xxxxxxx, dann kam - also jetzt so ein bisschen zusammengerafft - xxxxxxxx und dann nach 2001 - - im Grunde haben Sie weitergeführt, was Sie vor 97 gemacht haben. Aber 2003 oder 2004 - oder „und“, das weiß ich gar nicht - waren Sie im Bereich xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx tätig.

Zeuge Lothar Lingen: Die Jahre kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen. Das hätte ich mir aufschreiben müssen.

Aydan Özoguz (SPD): Aber es waren ungefähr ein, zwei Jahre, ungefähr in diesem Zeitraum zumindest, der ja für uns wichtig ist?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, ungefähr.

Aydan Özoguz (SPD): Ich würde Sie fragen wollen: Ist xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx bei Ihnen irgendwie nach rechts und nach links sortiert, oder ist das grundsätzlich erst einmal alles?

Zeuge Lothar Lingen: Grundsätzlich erst einmal alles.

Aydan Özoguz (SPD): Und Sie waren auch für alles zuständig in diesem Bereich?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, richtig.

Aydan Özoguz (SPD): Was war dort Ihre Position?

Zeuge Lothar Lingen: Referatsleiter für die sogenannte xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx.

Aydan Özoguz (SPD): Für die xxxxxx, aha. - Vielleicht noch eine Frage, weil das so ein kurzes Zwischenspiel war: War das Ihre Motivation? Oder wurden Sie gebeten, das zu machen? Oder wie kam es zu diesem Zwischenspiel?

Zeuge Lothar Lingen: Das war wie bei früheren Entscheidungen auch ein Reiz an der Sache, weil ich habe xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx sehr lange gemacht, und mich hatte der xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx interessiert, und das war einfach - - Das Referat wurde angeboten, und ich habe mich sozusagen beworben und erfolgreich beworben.

Aydan Özoguz (SPD): Und warum war es dann nur so kurz?

Zeuge Lothar Lingen: Das kann ich Ihnen so jetzt nicht mehr sagen. Das war ein Ablauf der Dinge.

Aydan Özoguz (SPD): Gab es zu der Zeit eine Umstrukturierung in der Behörde?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Aydan Özoguz (SPD): Nein, okay.

Zeuge Lothar Lingen: Sie müssen sehen: Bei dem Wechsel von Arbeitseinheiten, da spielen möglicherweise Dinge eine Rolle, was das persönliche Fortkommen angeht, was Beurteilungen angeht und so was. Deshalb würde ich da gerne keine Stellungnahme abgeben.

Aydan Özoguz (SPD): Okay. - Gab es denn zu irgendeinem Zeitpunkt, also vielleicht damals schon gesehen, aber gerade im Nachhinein gesehen -- wo Sie sagen würden, Sie haben im Bereich xxxxxxxxxxxx-xxxxxxxx mit irgendjemandem oder mit irgendetwas zu tun gehabt, was unsere Fälle heute berührt oder betrifft, -

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Aydan Özoguz (SPD): - irgendwie eine Nähe war?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Aydan Özoguz (SPD): Gar keine?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, Herr Lingen, dann mache ich noch mal weiter. Mich würde ganz gerne noch mal interessieren, den Wunsch der Amtsleitung im November 2011 umfassend aufzuklären, also den Auftrag, die Akten zusammenzustellen. Haben Sie das so verstanden, dass Ihre Amtsleitung umfassend alles haben wollte, was an Akten im Bundesamt für Verfassungsschutz zu diesem Thema vorhanden ist?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, es waren mehrere Prüfaufträge, ich glaube, insgesamt drei waren es, und die waren zeitlich gestaffelt.

Dr. Eva Högl (SPD): Können Sie uns mal sagen, was für Prüfaufträge das waren?

Zeuge Lothar Lingen: Es war zunächst mal der Prüfauftrag nach dem Trio, dann erweiterte sich der Personenkreis mehrfach.

Dr. Eva Högl (SPD): Zweimal dann noch?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Also der Personenkreis erweiterte sich?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Sie sind ja sehr erfahren im Bereich der rechten Szene. Hatten Sie den Eindruck, dass Ihr Präsident bzw. die ganze Amtsleitung das umfassend zusammengestellt haben wollte? Da war ja gerade am Anfang, als das herauskam, vieles unklar, nicht wahr? Wie viele Personen sind es überhaupt? Wie hängt das zusammen?

Zeuge Lothar Lingen: Ja natürlich, das ergibt sich aus der Sache. Die Dinge haben sich ja entwickelt, auch die Erkenntnisse über das Trio.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Herr Lingen, Sie haben viel Erfahrung. Hatten Sie das schon einmal erlebt, dass die Amtsleitung solche Prüfaufträge ins Haus gibt und auch so umfassend eine Zusammenstellung von Akten --

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Das war für Sie das erste Mal, dass Sie so etwas erlebt haben?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Über so etwas tauscht man sich ja mit Kollegen aus. Kennen Kollegen so etwas, dass solche Prüfaufträge vom Präsidenten kommen?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, das war das zweite Mal, dass wir eine sogenannte lageorientierte Sonderorganisation aufgebaut haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist die Abkürzung LOS, die wir in den Akten haben?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, diese LOS hat unser Amt auf Monate im Prinzip lahmgelegt, weil ja nicht nur die Mitarbeiter der Abteilung 2 - Rechtsextremismus - hier in der Aktenrecherche tätig waren, sondern auch 70, 80 oder 90 Mitarbeiter des Hauses, die woanders dann fehlten. Wir haben die Beschaffung quasi stillgelegt; Teile der Auswertung wurden stillgelegt, und wir haben nur noch auf Auftrag gearbeitet.

Dr. Eva Högl (SPD): War die Brisanz allen Beschäftigten so klar? Das geht ja wie so ein Lauffeuer durch ein Haus, kann ich mir vorstellen.

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das war allen klar. Was war das andere Mal, der andere Fall, von denen Ihnen die Kollegen erzählt haben, wo so etwas auch schon einmal war? War das nach dem 9. - -

Zeuge Lothar Lingen: Das war im Islamismus.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, nach dem 11. September. Okay. - Dann, Herr Lingen, interessiert mich noch einmal: Sie haben ausgeführt, dass Sie selber auch V-Leute geführt haben, dass Sie das zum Teil in Vertretung gemacht haben, aber dass Sie da jedenfalls V-Leute selber betreut haben, wenn ich das mal so untechnisch sagen darf. Hatten Ihre V-Leute, die Sie geführt haben oder führen, etwas zu tun mit dem „Thüringer Heimatschutz“, mit der Operation „Rennsteig“, mit den Vorgängen in Sachsen oder so?

Zeuge Lothar Lingen: Nein. Ich habe in Vertretung insgesamt xxxx V-Leute geführt, das über die Jahre - insofern erkennen Sie, dass das eine eher geringe Zahl war -, und die habe ich stellvertretend geführt und keinen von denen in Thüringen.

Dr. Eva Högl (SPD): Dürfen wir fragen, wo die regional waren?

Zeuge Lothar Lingen: Die waren über das Bundesgebiet verteilt.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay, also xxxx Einzelpersonen über das Bundesgebiet verteilt. -

Haben Sie Anhaltspunkte oder Hinweise gehabt, dass es da Verbindungen nach Thüringen gibt, weil die rechte Szene ist ja auch vernetzt über Bundesländergrenzen hinweg?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, Sie können ausschließen, dass Ihre xxxx Leute irgendeinen Kontakt da - -

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Wieso können Sie das so sicher ausschließen?

Zeuge Lothar Lingen: Das liegt in der Natur der Beobachtungsobjekte, in denen sich die Quellen befanden. Da würde ich jetzt aber ungern Einzelheiten - -

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, Einzelheiten brauche ich auch keine. Haben Sie mit den Quellen auch noch einmal darüber gesprochen? Es gab ja diesen übergeordneten Prüfauftrag, alles rund um die Zwickauer Zelle herauszufinden.

Zeuge Lothar Lingen: Ich persönlich nicht, aber meine Mitarbeiter.

Dr. Eva Högl (SPD): Und da ist auch nichts rausgekommen?

Zeuge Lothar Lingen: Es sind alle Quellen befragt worden, mehrfach befragt worden zu diesen Ereignissen, zu den Personen, und vor allen Dingen sind sie befragt worden zu einer sehr, sehr großen Zahl an möglichen Unterstützern. Es hat sich ja später im dritten Prüfauftrag auf über 60 Personen ausgeweitet. Es sind alle unsere Quellen zu diesen Personen befragt worden.

Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich da noch mal nachhaken? Sie haben gesagt: beim dritten Prüfauftrag über 60 Personen. Konnten Sie den Prüfauftrag zur Zufriedenheit Ihrer Amtsleitung erfüllen?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, Sie hatten Informationen zu einer relevanten Zahl von Personen von diesen 60 oder gar zu allen 60 Personen?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, nicht zu allen 60 Personen, zu einer kleineren Schnittmenge.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay, aber trotzdem zur Zufriedenheit Ihrer Amtsleitung. Warum war die Amtsleitung trotzdem zufrieden? Wenn man 60 Personen abfragt und man kriegt nur eine kleinere Menge Informationen - - Können Sie uns das einfach mal schildern? Wir sind da - zumindest ich bin da - nicht täglich befasst, deswegen muss ich das verstehen.

Zeuge Lothar Lingen: In diesen Zeiten ist unsere Amtsleitung - eigentlich bis heute - nie zufrieden gewesen mit den Ergebnissen unserer Arbeit, weil der Erfolgsdruck sehr groß war. Bei diesem erweiterten Kreis von möglichen Unterstützern des NSU, da wurden insgesamt - - das war die größte Zahl der Personen, die mit der NSU in irgendeinem Zusammenhang standen. Da wurden unsere Quellen befragt, ob sie diese Personen kennen, ob sie mit denen in Verbindung stehen, ob es Informationen über die gibt, und das Ergebnis liegt der Amtsleitung vor.

Dr. Eva Högl (SPD): Das Ergebnis war dann eine kleinere Schnittmenge aus den 60 Personen.

Zeuge Lothar Lingen: Ja, die ist auch - -

Dr. Eva Högl (SPD): Nun muss ich einfach mal fragen: Wie kommt eigentlich in Ihrem Haus dann so eine Liste von über 60 Personen zustande? Sie haben die auf den Tisch gekriegt, sind gebeten worden, dazu dann zu prüfen, ob Sie etwas in den Akten haben? Aber auch die Amtsleitung erstellt die ja nicht selbst. Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass der Präsident in seinem Zimmer sitzt. Wer erstellt so eine 60-Personen-Liste dann?

Zeuge Lothar Lingen: In diesem Fall die BAO, also die Sonderlage des BKA -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, okay.

Zeuge Lothar Lingen: - zusammen mit dem Generalbundesanwalt.

Dr. Eva Högl (SPD): Ah, gut. Die haben die erstellt, und die ist Ihnen dann auf den

Schreibtisch gekommen und dann im Haus durchgeprüft worden. Herr Lingen, vielen Dank.

Dann möchte ich ganz gerne noch etwas fragen generell zu dieser Frage Aktenführung und Aktenvernichtung - nicht bezogen auf den konkreten Fall; wir umkreisen ihn ja. Ist Ihnen schon mal in Ihrer langen Praxis im Bundesamt für Verfassungsschutz begegnet, dass Kolleginnen und Kollegen Ärger bekommen haben, weil sie Akten vernichtet haben oder nicht genügend Rücksprache genommen haben oder etwas Ähnliches?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Das haben Sie noch nie erlebt?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Gibt es mit Kollegen da irgendwie einen Austausch drüber, oder ist das gar kein Thema?

Zeuge Lothar Lingen: Das ist gar kein Thema.

Dr. Eva Högl (SPD): Auch über die Frage, wann man welchen Vorgang beseitigt, wird nicht gesprochen? Das entscheidet man alleine?

Zeuge Lothar Lingen: Darüber wurde immer mal wieder gesprochen. Auch in den gemeinsamen Gesprächen mit den Vertretern der Landesbehörden wurde sich auf Sondertagungen darüber unterhalten: Wie haltet ihr es mit der Aktenvernichtung?

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie an solchen Besprechungen auch selbst teilgenommen?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Was sind da so die Hauptthemen, wenn Sie über Aktenvernichtung sprechen bei solchen Gesprächen? Fristen oder die Gründe?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, die Aktenvernichtung selbst ist eigentlich nie groß Hauptthema gewesen, aber man hat das durchaus am Rande von Besprechungen immer wieder mal thematisiert. Da gab es

nun mal zwei Philosophien. Die eine besagte, Beschaffungsakten möglichst lange zu bewahren, und die andere Philosophie war, sich von den Dingen zu trennen, die dienstlich nicht mehr erforderlich sind.

Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich Sie fragen, welche Philosophie Sie vertreten haben?

Zeuge Lothar Lingen: Sowohl die eine wie die andere.

Dr. Eva Högl (SPD): Je nach Fall?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, je nach Zeit.

Dr. Eva Högl (SPD): „Je nach Zeit“ heißt was?

Zeuge Lothar Lingen: Na ja, ich war lange Jahre der Meinung, dass Beschaffungsakten grundsätzlich aufzubewahren sind, weil das natürlich ein Schatz ist, den man ungern aufgibt.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Lothar Lingen: Und dieser Schatz - - Das beweisen ja auch heute noch die Fragen, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das Münchener Oktoberfest, wo immer wieder gefragt wird: Hat es V-Leute gegeben? Welche? Welche Informationen haben die beschafft? Da gibt es ja wüste Spekulationen. Da kann man sowohl der Meinung sein, dann entsprechend auf diese Fragen auch antworten zu können. Oder man kann natürlich der Meinung sein, dass, wenn man feststellt, dass Akten einfach derzeit nicht benötigt werden und auch voraussichtlich in der nächsten Zeit - - dass man die dann einfach löscht nach der Lösungsrichtlinie, der die Auswertung ja auch unterliegt.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe Sie jetzt ein bisschen so verstanden, dass Sie doch eher der Philosophie anhängen, die sagt, es sei ein Schatz, möglichst viele Akten zu haben.

Zeuge Lothar Lingen: Nein, da haben Sie mich falsch verstanden.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. - Darf ich mal fragen, wann sich das geändert hat, ihre

Einstellung, wenn Sie zunächst der Schatzeinstellung - -

Zeuge Lothar Lingen: Frau Abgeordnete, da geht es auch nicht um meine Einstellung zu den Dingen, sondern da geht es grundsätzlich - - Das habe ich ja nicht zu bestimmen.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann frage ich Sie mal, Herr Lingen: Wer hat denn das bestimmt? Wann hat sich die Philosophie in Ihrem Haus verändert?

Zeuge Lothar Lingen: Man kann noch nicht mal sagen, dass sich die Philosophie in unserem Haus verändert hat. Wie andere Abteilungen das handhaben, weiß ich zwar, aber da gab es keinen Austausch. Ich weiß, dass mein Vorgesetzter in den letzten Jahren die Meinung vertrat, sich rasch von Akten zu trennen, die nicht mehr notwendig sind.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist Ihr Referatsgruppenleiter, nicht?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. - Darf ich Sie mal fragen: Gibt es da Weisungen im Haus? Oder gibt es da eine Besprechung, sagen wir, in der Referatsgruppe, und die Referatsleiter werden informiert: „Ich vertrete folgende Auffassung“?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, das gibt es.

Dr. Eva Högl (SPD): Das gab es in dem Fall von Ihrem Referatsgruppenleiter?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Können Sie sich noch erinnern, wann das zeitlich ungefähr war, also grob?

Zeuge Lothar Lingen: Etwa 2010.

Dr. Eva Högl (SPD): Etwa 2010. Darf ich auch noch einmal kurz nachfragen, ob Ihr Referatsgruppenleiter das begründet hat, diese neue oder geänderte Philosophie?

Zeuge Lothar Lingen: Die Gespräche fanden in der Referatsgruppe statt. Daran beteiligt waren auch die anderen Referats-

leiter. Wir sind im BfV ja immer wieder gefragt worden nach Ereignissen, die schon sehr lange zurücklagen. Das letzte Ereignis war die Unterstützung von Rechtsextremisten für die Vorbereitung der Anschläge 1972 in München - das ist ja immerhin 40 Jahre her -, und daraus resultiert natürlich die Frage: Wie lange heben wir Akten auf? Wir waren da allesamt der Meinung, dass es nicht sein kann, dass wir für so einen einzelnen Fall Tausende von Akten aufbewahren, um dann eine Frage nach 40 Jahren beantworten zu können.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie haben sich daran auch stark gebunden gefühlt? Das hat für Ihre Entscheidung auch immer - - War das die Richtschnur, was der Referatsgruppenleiter da in der Besprechung - -

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich möchte bei dem Zeugen kurz nachfragen, weil mich das irritiert hat: Sie sagten, 1972 hätten Rechtsextremisten mitgewirkt bei den Anschlägen auf die Olympiade?

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

Okay.

Zeuge Lothar Lingen: Entschuldigung, Herr Vorsitzender, das ist ein Beitrag des *Spiegel* gewesen. Unsere Behörde wurde gefragt, ob es da Erkenntnisse gab bezüglich eines Fernschreibens der Polizei.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Alles klar, gut, dann hat die SPD-Fraktion keine weiteren Fragen? -

(Zuruf der Abg Dr. Eva Högl (SPD))

- Die Fragezeit ist ohnehin abgelaufen, stimmt.

(Heiterkeit)

Dann müssen wir eventuell noch eine weitere Runde machen. Dann hat die FDP-Fraktion das Fragerecht. Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Zeuge, Sie sagten, Sie hätten xxxx V-Leute selbst geführt, außerhalb Thüringens. War der Zeuge „Tarif“, Entschuldigung, der V-Mann dabei?

Zeuge Lothar Lingen: Da möchte ich keine Angaben zu machen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): War ja Niedersachsen; deswegen frage ich einfach mal nur. Wir haben aus den Akten entnommen - - Nicht so, wie die Kollegin Högl sagte, dass nur nach dem Trio gefragt wurde, sondern am 08.11. nach Trio, „Thüringer Heimatschutz“ und NPD, also alle drei. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Lothar Lingen: Dass am 11. November - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Am 8. November 2011.

Zeuge Lothar Lingen: Keine Angaben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie war denn zu der Zeit nach dem 4. November so die Situation im BfV insgesamt, als immer mehr herauskam, dass hier ja ein Nazi-Trio unterwegs gewesen sein könnte oder war? Sie sagten vorhin, Sie hätten viele Anfragen, also nicht so häufig, so auf einen Schlag viele Anfragen bekommen. Es gab dann auch Situationen, wo Sie zwei, drei, vier Anfragen bekamen auf der Hausleitung oder Abteilungsleitung, nach dem 4., 5. November. War das so eine Zeit?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, das eskalierte dann natürlich. Ich sage mal so: Ab Mitte November wurde das immer mehr, als die LOS in Verbindung stand zur BAO und wo da jede Menge Informationen hin- und flossen und wo man verschiedenste Spuren prüfen musste. Gleich zu Anfang war die Auftragslage zwar groß, aber nicht so gigantisch, wie sie sich dann später entwickelte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das hatte auch vor allem mit der Tatsache zu tun, dass Sie sehr, sehr viele V-Leute - Rechtsextremismus - logischerweise bei Ihnen hatten? Mich würde deswegen noch einmal interessieren, gerade zu den V-Männern - Sie haben zu einer Frage keine Angabe gemacht, aber mich würde trotzdem interessieren -: War der V-Mann „Tarif“ nicht bei Ihren Quellen?

Zeuge Lothar Lingen: Dazu mache ich keine Angabe.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff, ich denke, das sollten wir respektieren. Das haben wir schon bei der ersten Frage geklärt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Moment, Moment, Moment! Es gibt Kollegen, die möchten gerne die Fragen nicht stellen. Ich respektiere jederzeit, wenn der Zeuge sagt, dass er keine Angaben dazu macht. Ich würde aber die Frage gerne trotzdem stellen wollen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ich will Ihnen auch gar nicht Ihr Fragerecht beschneiden, Herr Wolff, -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nein, das habe ich auch nicht falsch verstanden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - ich will nur darauf hinweisen - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich wollte nur sagen, dass der Stil bei mir ein anderer war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist ja auch in Ordnung. Wir sind ja Individualisten, oder manche jedenfalls. Ich wollte nur sagen, dass man vielleicht überlegen könnte, ob es wirklich angemessen ist, eine Frage anders formuliert inhaltlich zu wiederholen, auf die der Zeuge bereits geantwortet hat, dass er dazu nicht Stellung nehmen möchte.

(Zuruf des Abg. Serkan Tören
(FDP))

- Ist ja in Ordnung, Herr Tören, es gibt keinen Grund zur Aufregung. Stellen Sie Ihre Frage auch gern ein drittes, viertes oder fünftes Mal. Ich wollte es nur einmal einmalig angemerkt haben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das habe ich nicht vor. Ich wollte nur sagen: Das eine war eine Positiv-, das andere war eine Negativauslese, insofern ist es nicht die gleiche Frage gewesen.

(Serkan Tören (FDP): Wenn ich den Finger hochhebe bei jeder wiederholten Frage, dann müsste ich andauernd die Hand oben haben!)

Mich würde interessieren: Gab es vor dem 08.11. noch Anfragen? Von der Hausleitung bezüglich - -

Zeuge Lothar Lingen: Bezüglich unserer Zugänge?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja.

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also der 08.11. war im Prinzip der Ausgangspunkt, wo dann die Anfragen runterkamen?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, das ist richtig.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und danach ist bei Ihnen quasi die Emsigkeit ausgebrochen?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Hatten Sie damit gerechnet, dass nach dem 08.11. dann noch weitere Fragen dazukommen, also dass dann tatsächlich jeden Tag, pro Tag vier, fünf - -

Zeuge Lothar Lingen: Nein, das war nicht abzusehen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): War nicht abzusehen?

Zeuge Lothar Lingen: Nein. Das ist ja sozusagen von Tag zu Tag dann eskaliert. Es wurde in der Folgewoche die LOS ausgerufen an dem Montag und auch an dem Tag, als die LOS ausgerufen war, war die See noch relativ ruhig. Das änderte sich dann erst in der Woche und in den darauffolgenden Wochen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das heißt, in dieser Situation, wo - ich sage es mal so - zumindest in der Öffentlichkeit schon intensiv über das sogenannte Nazi-Trio spekuliert wurde, war es noch am Anfang verhältnismäßig ruhig - fasse ich jetzt mal so zusammen -, und danach ist erst in der Woche drauf die große Emsigkeit ausgebrochen. Ist es üblich so - wenn ich höre, dass wir keine klaren Standards haben -, dass man dann in solchen Situationen trotzdem - wo auch in der Öffentlichkeit gerade

sein Fachgebiet so im Fokus steht - über Aktenlöschung und -vernichtung verhandelt oder nachdenkt?

Zeuge Lothar Lingen: Ich kann nur sagen, dass es vergleichbare Situationen bisher nicht gegeben hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Kurth hat noch Fragen. Sie haben noch vier Minuten Zeit.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe eine ganz grundsätzliche Frage. Wenn wir uns in das Jahr 1996 zurückversetzen und uns die Lage in Thüringen und anderswo anschauen: Wieso ist man denn eigentlich überhaupt auf die Idee gekommen, eine Operation „Rennsteig“ durchzuführen? Ich habe mir noch mal die Zahlen von damals angeschaut. Die Zahlen sind später ja angewachsen, was zum Beispiel rechtsextremistische Straftaten und anderes anbelangt. Aber Thüringen ist 96 als solches nicht so herausgestochen, wie man das heute vielleicht in der Rückschau denkt, auch mit dem Wissen um die Terrorzelle. Aus der damaligen Sicht: Warum wurde die Operation „Rennsteig“ angekurbelt?

Zeuge Lothar Lingen: In der damaligen Situation - - Es gab zwei Gründe. Der eine Grund lag daran, dass die Vorläuferorganisation Anti-Antifa aus Thüringen sich zum Ziel gesetzt hat, politische Angriffe, Entschuldigung, militante Angriffe auf den politischen Gegner durchzuführen - das resultiert schon aus dem Namen -, und zum anderen aus der Tatsache, dass die Landesbehörden in den neuen Bundesländern noch nicht in der Lage waren, personell, finanziell und von ihrer gesamten Aufstellung her, die Aufgaben allein zu übernehmen. Insofern haben wir mehreren Bundesländern mit Unterstützungsmaßnahmen unter die Arme gegriffen. Damals war der „Thüringer Heimatschutz“ einer von vielen Operativmaßnahmen, wo wir die Landesbehörden unterstützt haben. Es gab allerdings meines Wissens keine so konzertierte Aktion, wo mehrere Nachrichtendienste, Behörden zusammengearbeitet haben.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gab es bei der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste Anfangsprobleme oder Ähnliches? Ist Ihnen da was erinnerlich?

Zeuge Lothar Lingen: Was „Rennsteig“ betrifft, da war ich nicht dabei. Da gab es aber meines Wissens keine Probleme.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Man hat in Erinnerung also auf Augenhöhe miteinander zusammengearbeitet?

Zeuge Lothar Lingen: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Keine weiteren Fragen aktuell bei der FDP-Fraktion. Jetzt hat die Linksfraktion das Wort. Frau Wawzyniak, bitte.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Frau Kollegin Pau hat vorhin darauf hingewiesen, dass in den Unterlagen kein Abschlussvermerk zur Operation „Rennsteig“ gefunden worden ist. Sie selbst haben vorhin gesagt, sie endete 2002 und ist ausgelaufen 2003. Meine Frage ist: Ist es eine Normalität, dass zu solchen Operationen kein Abschlussvermerk erstellt wird, oder ist das ein Sonderfall?

Zeuge Lothar Lingen: Vom Ordnungsgedanken her müsste ein Abschlussvermerk erstellt werden. Irgendwann ist auch so ein Projekt wie so eine Operation „Rennsteig“ mal beendet. Jetzt müssen Sie aber sehen: Dabei handelt es sich um das Bemühen, Quellen anzuwerben und dann als V-Personen zu führen, und das - sagte ich vorhin - beginnt irgendwann mal mit den ersten Werbungsmaßnahmen und läuft dann aber auch irgendwann aus. Wenn damals der „Thüringer Heimatschutz“ nicht mehr so die Bedeutung hatte für die Verfassungsschutzbehörden - - hatten wir die Werbungsmaßnahmen ja nicht abgebrochen, sondern man hat sie weiterlaufen lassen in dem Bestreben, diese Quellen dann in der Szene, die tatsächlich physisch noch da war, die nur diesen Namen nicht trug, unterzubringen und Informationen zu schöpfen.

ich jetzt mal, nicht mehr angefasst worden ist, 15 Jahre, wenn es dann noch Kontakte gegeben hat. Frau Högl hat auf die Gesetzeslage hingewiesen. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement gesagt: Na ja, es gab für uns keinen Anlass, diese Akten sich selbst noch mal zu ziehen, sich anzusehen. - Jetzt stelle ich aber fest: Wenn das so ist, ist ja weder die interne Richtlinie eingehalten worden noch die gesetzliche Richtlinie eingehalten worden. Kann man das so vereinfachen?

Zeuge Lothar Lingen: Also, noch mal: Es gibt keine gesetzliche Richtlinie für die Vernichtung von Akten in der Beschaffung, es sei denn, Sie nehmen den Satz wörtlich und verfolgen danach, dass Akten, die nicht mehr benötigt werden, vernichtet werden. So. Und da wir bei unserem Riesenaktenvorkommen nicht ständig die Akten prüfen können, haben wir sie dann anlassbezogen geprüft.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Also, ich will jetzt nicht in einen juristischen Diskurs einsteigen, aber ich lese den § 12 Abs. 3 Satz 2 Bundesverfassungsschutzgesetz deutlich anders. Aber da müssen wir jetzt nicht in die Debatte einsteigen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat dann die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich komme auf eine Frage zurück, die vorhin der Kollege Wolff schon mal gestellt hat. Ich bin ja Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums, wie der Kollege Wolff und der Kollege Binninger auch. Und nun lese ich in einem Vermerk, wo viel geschwärzt ist, dass in einem Sprechzettel für das Parlamentarische Kontrollgremium die Zahl der eingesetzten V-Leute nicht richtig war, sondern zu gering war.

Und da steht dann:

Die Diskrepanz ... zwischen dem Sprechzettel für das PKGr am 15.11.2011 - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der Vorhalt ist aus geheimen Akten, nicht?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist nicht Geheimakte. Das findet sich zwar auch in der Geheimakte, aber ich habe das ohne Geheimakte und nicht geschwärzt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich komme darauf, weil es in der Geheimakte aufgeführt ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. Alles klar. Ich frage nur, weil wir das hier nicht richtig verstanden haben. Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht dann also:

Die Diskrepanz der Zahlen zwischen dem Sprechzettel für das PKGr am 15.11. und den nunmehr in Erfahrung gebrachten resultiert daraus, dass die zunächst herangezogene xxxxxxxxxxxx der Abteilung 2

- das sind Sie, wenn ich das richtig verstehe -
nicht alle tatsächlich durchgeführten Werbungsfälle enthielt.

Und jetzt kommt der entscheidende Satz - also sie war falsch, das heißt, das PKG ist falsch informiert worden -, jetzt kommt die Erklärung dafür - ist ja ein peinlicher Vorgang -:

So waren einige Fälle nicht in xxx xxxxx eingetragen worden; zum anderen waren solche, die durch ... Abteilung 2 geworben wurden,

- also durch Sie -

aus operativen Gründen nicht in xxx xxxxx enthalten.

Können Sie mir das erklären? Das findet sich, dieser Satz oder was ich Ihnen jetzt zitiert habe, dann auch in einem Sprechzettel, der jetzt Geheim eingestuft ist, für das PKG am 23.11. Was heißt hier „operative Gründe“? Warum ist aus operativen Gründen was nicht in xxxxxxxxxxx enthalten?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, Herr Abgeordneter, die Beantwortung der Frage liegt mir auf der Zunge. Und ich würde sie Ihnen auch gerne beantworten, aber ich möchte darüber keine Auskunft geben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen keine Auskunft geben?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es hat ja zunächst einmal - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binninger?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wenn ich das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Sie dürfen dann weitermachen, und es geht auch nicht auf Ihre Zeit, ist klar. - Herr Binninger, bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Abgezogen kriegen Sie es trotzdem. - Könnten Sie uns, weil ich mit dem Begriff Schwierigkeiten habe, losgelöst jetzt von dem konkreten Datum, dem konkreten Fall, den der Kollege Ströbele geschildert hat, den Sie nicht beantworten wollen - einverstanden -, allgemein, abstrakt, an einem anderen Fall oder überhaupt erklären, was ich unter „operativ“ alles verstehen kann in diesem Zusammenhang?

„Aus operativen Gründen“, heißt es da, läuft noch eine Maßnahme, das sind Sicherheitserwägungen. Oder was heißt das überhaupt: „operative Gründe“, nicht bezogen auf den jetzt, sondern was kann es bedeuten abstrakt, generell?

Zeuge Lothar Lingen: Wenn Sie das jetzt nicht auf die xxxxxxxxxxxx münzen wollen, dann heißt „operative Gründe“ zum Beispiel Gründe der Geheimhaltung - könnte es heißen - oder dass Fälle noch laufen. Im Hinblick auf die Datei möchte ich dazu keine Angaben machen. Ich kann mir jedoch nur vorstellen, dass es sich dabei um ganz, ganz, ganz wenige Fälle handelt, weil ich immer sehr großen Wert darauf gelegt habe, dass diese xxxxxx auch gepflegt wird. Jetzt habe ich natürlich auch keine Verantwortung dafür, dass möglicherweise Fälle aus der

Operation „Rennsteig“ da nicht eingestellt wurden. Das Problem war in den ersten Tagen - - Oder wenn Sie so eine Aktenprüfung beginnen, dann gehen Sie ja nicht in den Aktenraum und durchstöbern alle Papierakten, sondern mein erster Anfasser zu dem Thema ist diese xxxxxxxxxxxxxx. Da kann ich mich nur auf das verlassen zunächst mal, was ich da vorfinde. Wenn ich dann später zu anderen Erkenntnissen komme und dann meine Zahl revidieren muss, kann das daran gelegen haben, dass meine Ausgangsinformation nicht ganz stimmte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen die Frage jetzt nicht gestellt - - Das kann ich mir auch vorstellen, wie so was rauskommt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Einen kurzen Moment, Herr Ströbele. Es ist hier nachgefragt worden, aus welcher Unterlage Sie gerade den Vorhalt gemacht haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind zwei Seiten eines mir unbekanntem Autors mit vielen Schwärzungen, die mehrere Abgeordnete bekommen haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wo kommt das denn her?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Hat es eine MAT-Nummer?)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat keine MAT-Nummer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber ich meine, wo ist denn die Quelle?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Lag das in der Straßenbahn herum?)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Quelle.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, also ich habe da schon die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage Ihnen: Ich habe vorhin schon gesagt: Dasselbe findet sich in einer Geheimakte, Seite 200 - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber dann ist wahrscheinlich auch dort die Quelle zu finden, nicht?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist anders, das ist im Schriftbild alles ganz anders.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Hat das jemand abgetippt?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, klar. Aber ich meine: Hat das keine Einstufung?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? - Hat keine Einstufung. Das haben wir per Fax bekommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich sage mal: Ich will das jetzt gar nicht inquisitorisch vertiefen, aber ich wäre uns schon ganz dankbar, allen miteinander, dass, wenn wir Vorhalte machen, wir auch die formale Quellenangabe damit verbinden. Und irgendwie: „Ich habe hier zwei kopierte Seiten, und“ - Ja? - „wo jetzt die genau herkommen, weiß ich nicht“ - das ist schwierig. Okay, also da würde ich uns schon bitten, das anders zu handhaben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, jetzt will ich das mal erklären. Herr Vorsitzender, diesen Zettel, den habe ich schon im PKG vorgehalten,

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wir beschlagnahmen den Ordner!)

den trage ich schon seit mehreren Wochen vor mir her. Ich habe den schon bei der ARD verlesen,

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Das macht es nicht besser!)

weil ich das außerhalb der Akten - das haben auch andere bekommen -, außerhalb der Aktenzurverfügungstellung hier amtlicherseits bekommen habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber wie jetzt, wissen Sie nicht?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie mich mal weiterreden. So. Das habe ich überall schon vorgehalten, habe ich jetzt hier auch vorge-

halten. Deshalb fällt es nicht unter Geheimhaltung.

(Lachen des Abg. Clemens Binninger (CDU/CSU))

Wortgleich finden Sie das, aber mit einem anderen Schriftbild und mit anderen, viel weniger Schwärzungen, in einer Akte eines Vermerkes. Da kann ich Ihnen auch die Fundstelle sagen, wenn Sie das wissen wollen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wenn Sie in einer offenen Sitzung jetzt noch die Geheimquelle angeben, dann übertreiben wir es bald wirklich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will nur sagen, Herr Ströbele und liebe Kolleginnen und Kollegen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte ja: Vielleicht ist das ein Fake. Aber wenn ich das wortgleich in einer amtlichen Akte anschließend finde, ist es für mich kein Fake.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Er hat keine MAT A!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will nur sagen, dass es schwierig ist, hier Vorhalte zu machen von sozusagen Quellen, die anonym sind, und dann zu sagen: Das ist deswegen nicht geheim.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, nicht geheim.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie dürfen jetzt gerne in der - - Herr Stracke.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Jetzt würde mich mal grundsätzlich interessieren: Wenn Sie aus einer Quelle zitieren, die jetzt keiner Geheimhaltung oder Sonstiges - - aber dann gleichzeitig im gleichen Wort sagen: „Wortgleich findet sich das aus einem geheimen Vorgang“, dann ist wenigstens dieser Halbsatz etwas, was der Geheimhaltung bedarf. Oder sehe ich das anders?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, erstens

kann ich als Abgeordneter vorhalten, was ich will. Wenn Sie mir oder irgendjemand anders auf der Straße was erzählen, was hier mit dem Thema zu tun hat,

(Stephan Stracke (CDU/CSU):
Darum geht es nicht!)

kann ich das vorhalten, ohne die Quelle anzugeben; wollen wir erst mal festhalten. Jetzt hat man ein solches Papier. Dieses Papier - habe ich auch schon dreimal jetzt gesagt - unterscheidet sich von dem amtlichen Dokument dadurch, dass in diesem Papier unendlich viel geschwärzt ist, während das im amtlichen Papier nicht geschwärzt ist. Ich nehme mal an, die Geheimhaltung bezieht sich vor allen Dingen deshalb auf die geschwärzte Stelle. In dem dicken Ordner, den wir alle hier haben, ist es nicht geschwärzt. Hier, in diesem Papier, ist es geschwärzt. Wo ich das her habe, das sage ich Ihnen nicht, sondern ich kann Ihnen nur sagen:

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay, ist in Ordnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich, lange bevor dieser Ordner uns zur Verfügung gestellt wurde, schon in der Öffentlichkeit zitiert. So. Ist jetzt gut?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Ein bisschen tricky! - Dr. Eva Högl
(SPD): Es ist auch ein bisschen
absurd!)

- Das ist überhaupt nicht tricky.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Herr Ströbele, ich will nur - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es dem Ausschuss weiterhilft, kann ich auch davon Kopien machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, ist so in Ordnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können Sie das auch haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will nur sagen, Herr Ströbele: Wir haben auch Geheim eingestufte Unterlagen, in denen sich Schwärzungen finden. Also, der Hinweis

auf ein Dokument mit Schwärzungen und dann die Eigeninterpretation, deswegen könne es nicht geheim sein, finde ich etwas gewagt. Ich glaube, das Thema ist hier hinreichend sensibilisiert worden, hoffe ich jedenfalls. Und wenn Sie jetzt noch ein, zwei Fragen haben, dann stellen Sie die bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt habe ich die Frage an den Zeugen: Worauf stützen Sie Ihre Antwort, dass Sie darauf nicht antworten wollen? Weil ich sehe: Das hat zunächst mit dem gegen Sie anhängigen Disziplinarverfahren überhaupt nichts zu tun. Es geht hier um einen völlig anderen Vorgang. Es geht um die Frage: Wie werden Ihre xxxxxxxx geführt? Werden sie so geführt, dass da einzelne Fälle nicht registriert werden aus solchen Gründen, also aus operativen Gründen? Nichts anderes habe ich Sie gefragt. Also, ich habe Sie nicht nach dem Inhalt Ihres Disziplinarverfahrens gefragt.

Zeuge Lothar Lingen: Ja, ich hatte ja vorhin gesagt, dass diese xxxxxxxxxxxxxx eigentlich notwendig ist, um den Referatsleitern direkten Zugriff auf die Werbefälle zu erlauben. Und daraus ergibt sich ja von selbst, dass kein Referatsleiter bestrebt sein kann, dass da Lücken entstehen. Dass es da Lücken möglicherweise in der Vergangenheit gegeben hat, ergibt sich daraus, dass diese xxxxxx ja über - ich weiß jetzt nicht, wie viele - Jahre existiert, vielleicht 20 Jahre, und nicht immer gewährleistet werden konnte, dass auch wirklich jeder Werbefall da sich widerspiegelt. Dass es da Lücken in der Vergangenheit gegeben hat, mag sein. Das kann auch fast gar nicht anders sein, weil da über lange Jahre unterschiedlichste Mitarbeiter ihre Werbefälle abgebildet haben. Dass da systematisch nach bestimmten Regeln einige Fälle rausgehalten wurden, kann ich mir nicht vorstellen, jedenfalls nicht zu meiner Zeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen über den konkreten Vorgang, die operativen Gründe, die hier der Grund gewesen sind, nichts?

Zeuge Lothar Lingen: Die kenne ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nichts. - Okay. Also, haben Sie die Frage wenigstens beantwortet. Jetzt habe ich eine zweite Frage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der zweiten Berliner Runde, aber Sie haben, wenn Sie möchten, gleich noch die Gelegenheit, weitere Fragen zu stellen, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage noch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie eine Frage haben, dann stellen Sie die bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Inwieweit war die Leitung des Amtes - ich meine den Präsidenten, den Vizepräsidenten, Herrn Eisvogel, oder wen auch immer - über diese Operation „Rennsteig“ informiert und, ich sage auch, darüber hinaus involviert? „Involviert“ meine ich insofern, als sie an Lagebesprechungen, Besprechungen teilgenommen haben, wo über die Operation „Rennsteig“ diskutiert wurde: Was macht man da usw.?

Zeuge Lothar Lingen: Ich kann da nur von meinen praktischen Erfahrungen ausgehen, da ich ja selbst mit der Operation nichts zu tun hatte. So was bekommt die Amtsleitung in jedem Fall zur Kenntnis, dass es so einen Operativvorgang gibt, dass es da Gespräche mit den Landesbehörden gibt, dass da Ergebnisse erzielt werden, dass da Quellen geworben werden. Da können Sie davon ausgehen, dass die Amtsleitung Kenntnis hat und die Amtsleitung gegebenenfalls auch Rücksprachen hält. Das ist gewohnte Praxis. Die Amtsleitung nimmt allerdings an den Gesprächen, wie man hier bestimmte Operationen durchführt und nach welchen Regeln - - die bringt sich da nicht ein, sondern überlässt das den Fachabteilungen bzw. den Landesbehörden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der zweiten Berliner Runde. Gibt es weiteren Fragebedarf?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wir haben keinen!)

Teilweise offensichtlich schon. Union sagt Nein. Die SPD? - Nein. FDP? - Auch nicht.

Die Linksfraktion. Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe nur noch eine Frage und komme noch mal zurück auf das, was wir vorhin in der ersten Runde kurz debattiert haben. Also, Sie sagen: 2002 Ende, 2003 auslaufend. - Aber wenn ich das jetzt richtig verstanden habe - und nur deshalb frage ich -: Kann es sein, dass dann im Nachgang ohne Abschlussvermerk Quellen, die man anwerben wollte, die dann in anderen Zusammenhängen unterwegs waren, auch für andere Dinge angeworben wurden? Und so erklärt sich das, dass vielleicht auch im Jahre 2006 noch jemand angesprochen wurde, ja?

Zeuge Lothar Lingen: Das ist richtig, ja.

Petra Pau (DIE LINKE): Das habe ich richtig verstanden.

Zeuge Lothar Lingen: Denn Sie müssen sehen, dass bei uns durchaus geübte Praxis ist, wenn eine Quelle für ein Beobachtungsobjekt nicht infrage kommt, wir diese Quelle dann umsteuern.

Petra Pau (DIE LINKE): Und ich frage jetzt auch nur, um einfach mein Wissen zu vervollkommen und das Ganze rund zu bekommen. Das heißt aber auch: Wenn diese Person inzwischen ihren Lebensmittelpunkt verlagert hat, meinewegen von Thüringen nach Hessen, dann würde in einem solchen Fall im Jahre 2006 aber unbedingt dann das Landesamt Hessen darüber informiert werden, dass es einen solchen Vorgang gibt?

Zeuge Lothar Lingen: Das ist unsere Praxis.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Grünen haben auch noch Fragen. Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, dann haben Sie auf die Frage, ob Sie jemals einen Auftrag zur Beschaffung bekommen haben hinsichtlich

dieses Trios, ganz konkret des Trios - - haben Sie verneint.

Zeuge Lothar Lingen: Wir haben den Auftrag gehabt, unsere V-Leute zu befragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Ihre V-Leute zu befragen, aber nicht jetzt besondere Operationen einzuleiten, um sich mit dem Trio zu befassen, also mit den drei Namen auch?

Zeuge Lothar Lingen: Seinerzeit als die abgetaucht sind?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Lothar Lingen: Zu der Zeit?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, ich hatte die Frage vorhin so verstanden - generell. Aber ich frage vor allen Dingen zu der Zeit jetzt, als sie abgetaucht - - also von 98 bis - -

Zeuge Lothar Lingen: Nein, das hat sich ja in diesem Becken THS, „Rennsteig“ wiedergefunden. Das ergibt sich ja von selbst, dass Quellen, die damals geworben werden sollten in dieser Kameradschaft, natürlich auch Auskunft gegeben hätten über das Trio, was abtauchte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir wissen ja, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sich intensiv auch in die, sage ich mal, Verfolgung und Beobachtung des Trios, als sie untergetaucht waren 98, eingeschaltet hat, beteiligt gewesen ist. Darüber gibt es ja mehrere Berichte, Chronologien und alles Mögliche. In diesem Zusammenhang - da sind jetzt drei weg wegen Sprengstoffvergehens, die auch in den Dateien enthalten waren vorher über den „Thüringer Heimatschutz“, also Treffen, was die da veranstaltet hatten - hatten Sie selber keinen konkreten Auftrag, zu sagen: „Könnt ihr da mal ganz gezielt in diese Richtung beispielsweise zusätzlich V-Leute einsetzen oder so was machen“?

Zeuge Lothar Lingen: Also, zu der Zeit, hatte ich ja dargestellt, war ich in einem anderen Bereich tätig, im Bereich der operati-

ven xxxxxxxxxxxxxxxx-Bearbeitung, und habe davon keine Kenntnis deswegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben keine Kenntnis. Also, Sie wissen, dass das stattgefunden hat, aber keine näheren Kenntnisse.

Zeuge Lothar Lingen: Ich kann da nichts zu sagen, weil ich damals nicht involviert war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Danke sehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es weitere Fragen an den Zeugen Lingen? - Herr Schuster, bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe nur eine Frage, Herr Lingen. Wenn ich den Bericht so durchgehe, finde ich darauf keine Antwort, den chronologischen. Aber aus der Praxis könnte ich mir das gut vorstellen. Man kann die Dinge ja mal andersrum bewerten. Die Frau Wawzyniak hat sehr richtig gerade eben gesagt: Ich werte den Verfassungsschutzparagrafen - 10 ist es, glaube ich; 12 - - Wenn man den streng auslegt, ist der sehr präzise. Und den sollte man ja streng auslegen. Und jetzt versetze ich mich in die Lage des BfV - nicht in Ihre, sondern in die des BfV -, die natürlich wissen, dass da jetzt unter Umständen ein massiver Untersuchungsansturm über etliche Akten gehen wird. Gab es in Ihrem Amt auch Besprechungen darüber, dass, wenn jetzt so dezidiert Akten betrachtet werden, es auch auffällig werden könnte, dass da unter Umständen gegen den § 12 verstoßen wird, und zwar unter dem Gesichtspunkt „unnötig noch gespeichert“?

Zeuge Lothar Lingen: Nein, dazu gab es keine Besprechungen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland noch eine Frage.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, fällt ein bisschen aus dem Rahmen, aber Sie sagten ja, dass Sie

auch dieses Jahr noch militante rechtsextreme Quellen befragt haben zu diesem Terrortrio. Wie war denn da sozusagen die Resonanz? Ist das ein Vorbild? Werden die als Märtyrer gesehen,

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Waren sie überhaupt bekannt?)

oder gibt es eher Ablehnung zu dem, was sie getan haben?

Zeuge Lothar Lingen: Also, das ist, wenn ich die Frage jetzt außerhalb sozusagen des eigentlichen - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Die Fachkompetenz!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ja.

Zeuge Lothar Lingen: - dann muss ich sagen, war die einhellige Meinung ausnahmslos, dass terroristische Aktionen dieser Art zu verurteilen sind. Da war noch nicht mal irgendwo eine Art von klammheimlicher Freude dabei, sondern hier wurde gesagt: Das ist kontraproduktiv, das schadet uns. Der staatliche Verfolgungsdruck, der eh schon sehr groß ist, wird jetzt noch stärker. - Und da gab es eine einheitliche Verurteilung dieser Taten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich vielleicht kurz daran anschließen. Sie hatten vorhin bei Ihrem einleitenden Statement - ich habe mir das notiert - gesagt, es habe immer wieder rechtsterroristische Ansätze gegeben. Heute nicht mehr? War das nur in den 90ern zu verzeichnen?

Zeuge Lothar Lingen: Also, wir hatten in den 90er-Jahren eine Vielzahl dieser Ansätze. Wir hatten den Bürgerkrieg in Jugoslawien mit den deutschen Rechtsextremisten, die dort als Söldner sich verdingt haben. Dann gab es den Waffentransport aus diesem Kriegsgebiet nach Deutschland. Wir hatten eine Gruppe um Naumann, der selbst als Rechtsterrorist verurteilt war. Wir haben den früheren Südtirol-Bereich gehabt. Wir hatten eine Gruppierung, die im Bereich xxx XXX angesiedelt war. Wir hatten also etwa zehn, zwölf rechtsterroristische Ansätze, wo wir als Behörde zu dem Schluss kommen: Um denen zu begegnen, brauchen wir eine eigene Organisationseinheit. Und diese Organisationseinheit war dann das Referat,

was ich über ein paar Jahre geleitet habe, wo die Beschaffungs- und die Auswertungskomponenten zusammenkamen und wo wir mit operativen Mitteln versucht haben, Erkenntnisse zu gewinnen aus diesen einzelnen rechtsterroristischen Ansätzen.

Und ein rechtsterroristischer Ansatz kann sein - ich sage mal: im starken Sinne -, dass man Waffen in Depots vergräbt. Es kann aber auch sein, dass es eine theoretische Planung gibt, Anschläge zu begehen. Es kann aber auch daran liegen, dass wir untersuchen, in welchen Bereichen der Rückkehrer aus Jugoslawien es möglicherweise rechtsterroristische Vorbereitungshandlungen gibt. Und darüber hinaus - ist vielleicht dem ein oder anderen in Erinnerung - gab es Briefbombenanschläge eines Österreichers gegen überwiegend österreichische Personen, aber auch gegen eine deutsche Person.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Briefbomben, ja!)

Auf diesen Strauß von rechtsterroristischen Ansätzen hat man damals vonseiten des BfV reagiert, und die haben sich dann auch verloren, verloren in dem Sinne, dass sie entweder exekutiv verarbeitet worden sind, oder in dem Sinne, dass wir hier trotz aller Bemühungen keine weiteren Informationen auf diesem nachrichtendienstlichen Weg gewonnen haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger, bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Könnten Sie noch mal eingrenzen, wann diese Aktivitäten waren in Verbindung mit dem ehemaligen Jugoslawien und Rechtsterroristen? Mitte der 90er, müsste das - - Als der Balkan-Krieg begann, 92, 91?

Zeuge Lothar Lingen: Das war 93, 94. Das war diese Zeit.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und da hatten wir auch Bezüge, dass deutsche bekannte Rechtsextremisten dort waren als Söldner und dann auch irgendwann zurückkamen. Und insofern müssten ja auch Kontakte bestehen.

Zeuge Lothar Lingen: Ja, richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Stand denn Ihrer Erinnerung nach die Operation

„Rennsteig“ in einem Zusammenhang mit der Mutmaßung, dass es im Bereich des „Thüringer Heimatschutzes“ rechtsterroristische Bestrebungen geben könnte?

Zeuge Lothar Lingen: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein.

Zeuge Lothar Lingen: Die hatte also mit diesen Beobachtungen gar nichts zu tun. Der THS war eine Kameradschaft unter vielen, wenn auch eine sehr militante Kameradschaft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also militant: Ja; -

Zeuge Lothar Lingen: Militant im Sinne von - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: - Ansätze für Rechtsterrorismus: Nein.

Zeuge Lothar Lingen: Richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hätte ich eine abschließende Frage - Sie sind ja nun ein sehr erfahrener Beamter, und Sie haben ja die Funktion als Referatsleiter über viele Jahre hin ausgeübt -: In wie vielen Fällen sind Sie denn jemals in der Situation gewesen, eine Löschung, Vernichtung von Akten anzuordnen? Jetzt jenseits des aktuellen Vorgangs.

Zeuge Lothar Lingen: In sehr wenigen Fällen. Ja, wir haben einzelbezogen einen - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Einstellig?

Zeuge Lothar Lingen: Einstellig: Ja, aber wir haben auch eine systematische einmalige Aktenvernichtungsmaßnahme durchgeführt, wo wir uns von allen Altakten getrennt haben. Und in dieser systematischen Aktenvernichtung, die wir im Januar 2011 durchgeführt haben, ist die größte Vergangenheitslast quasi vernichtet worden. Das waren Akten, die teilweise Jahrzehnte schon alt waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Wer hat das veranlasst, diese systematische Aktenvernichtung, ich meine, von 2011?

Zeuge Lothar Lingen: Veranlasst hat das der Gruppenleiter. Der Abteilungsleiter hatte Kenntnis davon. Und die Arbeitsebene, also meine Mitarbeiter und ich und die der benachbarten Referate, hat sie durchgeführt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was war der Grund, also jetzt eine gestiegene Sensibilität für Belange des Datenschutzes, oder?

Zeuge Lothar Lingen: Ja, ich sagte ja vorhin, dass es ein Umdenken gab in der Frage, wie lange Akten aufbewahrt werden dürfen. Das war im Prinzip die Konsequenz, dass man gesagt hat: So, jetzt trennen wir uns mal wirklich von diesem ganzen Schwanz von Altakten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist denn damals bei dieser konzertierten Aktion vereinbart worden: „Das machen wir jetzt jedes Jahr oder alle zwei Jahre und gucken da mal im Bestand“?

Zeuge Lothar Lingen: Damals ist vereinbart worden, dass wir das jedes Jahr machen. Und das nächste Mal wäre in den Januar dieses Jahres gefallen. Und das haben wir natürlich tunlichst dann nicht durchgeführt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt noch - - Ja, gleich; ich bin auch fertig mit meiner Befragung. - Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Lingen, darf ich vielleicht eine Zwischenfrage stellen? Vielleicht können Sie die beantworten. Das wäre jedenfalls sehr spannend. Warum waren denn die Akten, die dann später vernichtet wurden, nicht schon bei der konzertierten Aktion dabei?

Zeuge Lothar Lingen: Das sind Akten gewesen, die - - Man hat damals sozusagen in einem großen Schritt alle Altakten, also alle die, die 10 und 15 Jahre und älter waren, vernichtet. Die anderen hat man beibehalten. Also, man hat damals sozusagen auf Masse gearbeitet und hat dann sozusagen die jüngeren Akten erst mal noch behalten, also im Prinzip relativ pragmatisch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Özoguz hat auch noch eine Frage.

Aydan Özoğuz (SPD): Ja, noch mal auf Ihre Bemerkung von vorhin zurückgehend. Wenn Sie sagen, Sie bekommen aus der Szene sozusagen ganz geschlossen Ablehnung gegenüber terroristischen Aktionen bzw. diesen Morden - und das meine ich jetzt überhaupt nicht provokativ -: Aber muss man eigentlich dann davon ausgehen, dass Sie in Wahrheit wichtige Kontakte nicht haben bzw. dann tatsächlich auch nicht an wichtige Informationen überhaupt kommen können, wenn all diese Leute jegliche Gewalt ablehnen? Na ja, gut, das haben Sie nicht gesagt, aber - -

Zeuge Lothar Lingen: Also, Gewalt wird ja nicht abgelehnt, sondern Gewalt wird sogar grundsätzlich befürwortet. Aber diese terroristischen Aktionen des NSU, die wurden abgelehnt, und zwar mehrheitlich. Und die Befragungen sind ja auch bei den Ländern gelaufen. Da war die Resonanz auch nicht anders.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Wawzyniak hat auch noch eine Frage.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja, ich habe noch mal eine Frage zu der systematischen Aktenvernichtung 2011. Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, haben Sie gerade gesagt: Es war diese neue Sensibilität. - Ich gehe mal davon aus, es waren diese 5 bis 15 Jahre, die Sie vorhin angesprochen haben. Heißt das auch, dass die Akten zum Oktoberfest vernichtet worden sind?

Zeuge Lothar Lingen: Also, es sind alle Akten von V-Leuten vernichtet worden, die älter als 15 Jahre waren. Erstens.

Zweitens. Die Akten zum Oktoberfest befinden sich überwiegend oder fast alleinig in Auswertungsakten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt muss ich noch mal fragen, Herr Zeuge. Wenn Sie sagen: „Es sind Anfang 2011 - - Da hat man sich verständigt, und der Gruppenleiter hat das so veranlasst. Man hat dort konzertiert Akten vernichtet, die älter als 15 Jahre waren“, was war denn dann der Grund, später im Jahre 2011 Akten selektiv zu vernichten, die deutlich jünger waren als 15 Jahre?

Zeuge Lothar Lingen: Ich möchte dazu keine Angaben machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es weitere Fragen an den Zeugen? - Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Eine einzige noch zu der konzertierten Aktion im Januar. Wie konnte denn dann bei Ihrer Behördenleitung, insbesondere beim Präsidenten, der Eindruck entstehen, auch die „Rennsteig“-Akten seien schon gelöscht worden?

Zeuge Lothar Lingen: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich stelle fest, dass es aus den Reihen der Parlamentarier in diesem Ausschuss keine weiteren Fragen an Herrn Lingen gibt.

Herr Lingen, damit sind Sie als Zeuge entlassen. Ich habe bereits heute Morgen angekündigt: Sie bekommen die vorläufige Fassung des Stenografischen Protokolls mit der Möglichkeit verbunden, sie in einer Frist von 14 Tagen zu prüfen und uns rückzumelden, ob Sie Änderungswünsche oder Ergänzungswünsche haben.

Ich will die Sache gar nicht bewerten. Sie werden auch noch an anderer Stelle sicherlich mit vielen Fragen konfrontiert werden. Ich will hier nur ganz ausdrücklich meine Anerkennung zum Ausdruck bringen, dass Sie trotzdem, trotz eines laufenden Disziplinarverfahrens, möglicherweise auch strafrechtlicher Konsequenzen, was die Zukunft zeigen muss, bereit waren, uns hier als Zeuge zur Verfügung zu stehen. Deswegen - unabhängig von der Frage: Sind Fehler gemacht worden, wie gravierend waren sie? - wünsche ich Ihnen persönlich alles Gute.

Zeuge Lothar Lingen: Danke schön. Und ich bedanke mich noch mal für die faire Behandlung hier.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Damit ist die Beweisaufnahmesitzung unterbrochen.

Die Obleute haben sich gerade verständigt, dass wir direkt im Anschluss eine kurze Beratungssitzung erfolgen lassen wollen, um uns über das weitere Vorgehen zu verständigen. Dann können natürlich auch die Vertre-

ter, die jetzt draußen warten mussten, gerne wieder reinkommen.

Machen wir kurz fünf Minuten Pause. Ich denke, darauf kommt es auch nicht an. Wir bleiben hier; wir gehen nachher dann rüber.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nichtöffent-
lich: 12.06 Uhr - Folgt Beratungs-
sitzung)

hier was Vernichtetes dabei ist. Ich glaube nicht, wenn ich das jetzt richtig sehe. Ich habe die Namen hier. Die 13 Fallnamen habe ich hier. Die fangen alle mit „T“ an; wird Sie nicht wundern. Da ist, wenn ich das richtig sehe, offenbar „Tarif“ - - Ich muss mich mal rumdrehen: „Tarif“ ist vernichtet? Kann das jemand sagen?

(Zuruf: Ja! Wiederhergestellt)

- Wiederhergestellt. Ja, aber das war eine der vernichteten Akten. - Wenn ich das jetzt hier durchgucke, dann ist „Tarif“ der einzige Fall von denen, die nicht in die xxxxxxxxxx-xxxxx eingestellt worden sind, wo gleichzeitig auch die Akte am 11.11. vernichtet worden ist.

Was war Ihre weitere Frage?

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Die dritte Frage war: Am Anfang, also in der ersten Fragerunde, habe ich Sie gefragt, ob es eine Parallellaktion gegeben hat, parallel zu „Rennsteig“.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, es hat nach - - Ich muss gerade - - Das kann ich Ihnen auch sagen; aber ich kann die Zahlen nicht auswendig. Es hat eine weitere, ähnliche, wenn auch nicht so umfangreiche Operation gegeben - die hieß „Zafira“ -, gemeinsam auch mit Thüringen, ohne MAD - wenn Sie mir einen Moment Zeit geben, finde ich das;

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

nein, ich finde es nicht; ich habe es dabei, ich weiß es -, die in späteren Jahren durchgeführt worden ist. Hat das jemand, den Sprechzettel, von den Kollegen da hinten? Dann könnte ich hier erschöpfend Auskunft geben.

(RD Dr. Gunter Warg (BfV) begibt sich zum Zeugen)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, schauen Sie ruhig in Ruhe nach. Das ist okay.

Zeuge Heinz Fromm: Ich bin sicher, ich habe es irgendwo.

(RD Dr. Gunter Warg (BfV): Ich mache mich auf die Suche! Nach welchem Sprechzettel?)

- „Zafira“. Das ist kein Sprechzettel; das ist ein Vermerk, den ich mir habe geben lassen,

weil ich wissen wollte - - Nicht fürs Protokoll jetzt.

(Der Zeuge blättert weiter in seinen Unterlagen)

- Hier ist es. Die Operation „Zafira“ hat in der Zeit von 2003 bis 2005 gemeinsam mit dem LfV Thüringen stattgefunden zur Aufklärung der gewaltbereiten rechtsextremistischen Kameradschaftsszene in Thüringen. Insgesamt haben im Rahmen der Operation drei Anspracheaktionen in Thüringen stattgefunden. Hintergrund war, dass in Thüringen die Gewalt, rechtsextremistisch motivierte Gewalt, auch in dieser eben genannten Zeit - 2003, dann auch bis 2005 - - dass da nach wie vor Bedarf bestand zur Aufklärung dieser Szene.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sind da Personen, also diese drei Personen, deren Namen Sie jetzt hier in nichtöffentlicher Sitzung weder nennen können noch - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, drei Anspracheaktionen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Drei Anspracheaktionen gegenüber Rechtsextremen. Und wie viele Personen waren da betroffen?

Zeuge Heinz Fromm: Die erste Anspracheaktion fand vom xxxxxxxxxxxxxxxx xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx mit dem Ziel der Anwerbung - -

Dr. Hans Georg Maaßen (BMI): Entschuldigung, Herr Vorsitzender. - Herr Fromm, ich wollte anregen: Wenn das eine VS-eingestufte Unterlage ist, sollte es vielleicht in einer besonderen Sitzung vorgelesen werden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie ist die denn eingestuft? VS-Vertraulich?

Zeuge Heinz Fromm: Ich sehe überhaupt keine Einstufung. Das ist mir schnell zugeleitet worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sagen Sie doch mal kurz die Größenordnung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Wawzyniak, haben Sie noch weitere Fragen? - Dann haben die Grünen die Möglichkeit, Herrn Fromm zu befragen. Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur noch eine Nachfrage zu Frau Wawzyniak. Diese 13 Fälle, die rekonstruiert wurden, da sagten Sie, einer war „Tarif“.

Zeuge Heinz Fromm: Der ist rekonstruiert, wenn ich Sie unterbrechen darf.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, beides. Sie sagten: Beides, rekonstruiert, und die Akte wurde vernichtet und wurde dann auch wieder rekonstruiert.

Zeuge Heinz Fromm: Umgekehrt: Vernichtet, die Akte wurde vernichtet und jetzt rekonstruiert, und das ist der einzige Fall in dieser 13er-Liste, die nicht in die xxxxxxxx-xxxxx eingepflegt wurden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, habe ich ja verstanden.

Zeuge Heinz Fromm: Gut.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage jetzt nach den anderen zwölf Fällen. Waren das erfolgreiche Werbungen, oder waren das fehlgeschlagene Werbungen?

Zeuge Heinz Fromm: Das waren - - Da müsste ich jetzt die andere Liste durchgucken. Das müsste ich abgleichen. Ich habe hier eine Gesamtliste, die aufgeschlüsselt ist nach denen, die geworben worden sind. Dazu gehörte „Tarif“, wie Sie wissen. Jetzt muss ich wieder zurückblättern. Wo war dieser Zettel mit den 13? Das ist ganz schön schwierig. Ich bitte um Nachsicht.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich beantworte es Ihnen gleich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, geht uns auch so. Wir müssen auch immer suchen. Vielleicht können Sie ja in der Zwischenzeit schon mal sagen, ob ich da richtig liege, dass diese Rekonstruktionen durch Befragung der seinerzeiti-

gen Sachbearbeiter zustande gekommen sind. Oder wie sind Sie zustande gekommen?

Zeuge Heinz Fromm: Nein. Im Wesentlichen ist die Rekonstruktion dadurch bewerkstelligt worden - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine jetzt der Datei, also nicht der vernichteten Akten, sondern die Komplettierung der Dateien mit - -

Zeuge Heinz Fromm: In den Papierakten finden sich alle Fallnamen derer, die als Zielpersonen bei „Rennsteig“ ausgewählt worden sind - in den Papierakten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Dazu bedurfte es keiner Befragung. Das ist die Grundlage für alles Weitere, was ich eben gesagt habe in Bezug auf xxxxxxxxxxxxxxxxxx. Das heißt, in den Papierakten stehen die Fallbezeichnungen komplett, und in der xxxxxxxxxxxxxxxx - aus den genannten Gründen – fehlen x. Das ist der Sachverhalt. Das hat nichts mit der Befragung, die natürlich auch stattgefunden hat, von Mitarbeitern zu tun.

Jetzt habe ich es immer noch nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wofür fanden die denn statt, die Befragungen von Mitarbeitern?

Zeuge Heinz Fromm: Wo?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wofür? Also, wenn Sie sagen: „Wir konnten alles anhand des Aktenbestandes der Liste“ - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, zu verschiedenen noch offenen Fragen, die ich Ihnen jetzt nicht im Einzelnen auflisten kann. Immer wieder sind Mitarbeiter befragt worden, unabhängig von dieser Geschichte hier, ob nun die Buchführung stimmt, sondern auch zu vielen anderen Fragen. Möglicherweise auch hierzu: Wie habt ihr das denn gemacht? Warum habt ihr bestimmte Leute da nicht reingegeben? - Dann kam das mit der Legendenfirma. Dieser Umstand war bei der ersten Berichterstattung nicht offenbar ge-

worden. Deswegen war auch die erste Berichterstattung, was die Zahlen anging, die erste Berichterstattung auch im Gremium, was die Zahlen anging, fehlerhaft.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte Ihnen mal vorhalten, Herr Fromm, was Sie im Innenausschuss am 21.11.2011 gesagt haben. Das ist ein Wortprotokoll. Ich lese es mal vor. Sie sagen:

Ich kann das gerne auch für das BfV sagen. Es ist in einzelnen Fällen in den letzten Tagen zu Befragungen gekommen, insbesondere in den Fällen, wo Akten nicht mehr vorhanden sind, wir aber annehmen müssen, dass welche da waren. Da sind die Sachbearbeiter nach ihrem Wissen, nach ihrer Erinnerung gefragt worden. Das werden wir auch so fortsetzen.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sah nun nicht so aus, als ob da nur eine Datei rekonstruiert wird, sondern dass man sozusagen umfassend fragt: „Wie war das damals eigentlich?“, auch: „Was habt ihr in Erfahrung gebracht?“, also auch anderes Aktenwissen sozusagen wiederherstellt, weil die Akten vernichtet waren.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist doch klar: In dieser frühen Phase, als wir dann erfahren haben, es fehlen Akten - damals in dem Glauben, Anfang 2011 vernichtet -, war natürlich überhaupt noch kein Gedanke daran in dieser frühen Phase, in der Situation, dass man würde aus anderen Akten das rekonstruieren können, sondern man hat zunächst einfach mal gesucht und überlegt: Wie können wir denn den Verlust, der hier offensichtlich eingetreten ist, und diese Erkenntnislücke, die eingetreten ist, zum Zwecke der möglichst vollständigen Berichterstattung füllen? Und natürlich sind dann erst mal die Leute befragt worden, und man hat versucht, herauszufinden: „Wie ist das denn gewesen? Was habt ihr denn gemacht?“, um einfach diese Erkenntnismöglichkeit durch Aussagen der Mitarbeiter zu nutzen. In der Zwischenzeit haben wir gesehen und herausgefunden, aufgrund welcher anderen Aktenbestände, die Sie gestern vor sich gesehen haben, man die Lücke kompensieren kann. Aber zunächst, in der Not, wenn Sie so wollen, sind

Mitarbeiter befragt worden. Das ist doch aus meiner Sicht ganz selbstverständlich.

Aber ich habe den Zettel immer noch nicht gefunden. Warum eigentlich nicht?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zeuge sucht noch nach seinem Zettel; aber in der Zwischenzeit wird der Kollege Ströbele noch Fragen stellen.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ob das die Suche erleichtert, weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, wenn Herr Fromm jetzt etwas sucht, kann er nicht gleichzeitig -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Zusammenhang wollte ich auch nicht herstellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - befragt werden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es wird Ihnen nicht langweilig werden.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist wahr, ja. Aber die Gefahr bestand nie heute.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber vielleicht nützt eine Frage, meine erste Frage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, ich habe den Eindruck, der Zeuge durchsucht gerade seine Unterlagen, und da fände ich es angemessen, damit er sich auf Ihre Frage konzentrieren kann, wenn wir eben - -

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann es trotzdem versuchen; aber ich habe den Zettel, ich habe dieses Blatt Papier -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, wenn Sie den Versuch abbrechen wollen, dann teilen Sie uns das mit; dann hat Herr Ströbele das Wort.

Zeuge Heinz Fromm: - in der Hand gehabt.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was stimmt nicht?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist eine Unterlage aus eingestuftem Akten. Die können wir nicht in einer - -

Zeuge Heinz Fromm: Ich weiß nicht, von welcher Unterlage die Rede ist, wenn ich das kurz ansprechen darf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeuge Heinz Fromm: Ich weiß nicht, welche Unterlage Sie jetzt meinen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Offenkundig ein Sprechzettel für eine Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also, Herr Vorsitzender, das ist ein anderer Vorgang als hier heute Morgen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach so. Dann erläutern Sie das bitte kurz, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein anderer Vorgang als hier heute Morgen; aber der Kollege Binninger hat insofern eine gute Aktenkenntnis oder ist darauf aufmerksam gemacht worden, dass sich das in den Akten findet. Ich habe ja jetzt nicht aus den Akten vorgehalten, sondern ich habe ihm einfach so die Frage gestellt: Haben Sie - ich wollte das jetzt erleichtern; wir können natürlich auch rübergehen - an dem Tag noch mal nachgefragt mit diesem Zusatz, die Akten sollen noch mal durchgesehen werden? Das findet sich ja auch hier in der Befragung. Da ist ja eigentlich nichts Geheimnisvolles dabei.

Zeuge Heinz Fromm: Der Auftrag, die Akten durchzusehen, war schon älter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir kommt es jetzt auf den 11. an und einen bestimmten Zeitpunkt am 11.

Zeuge Heinz Fromm: Kann ich jetzt präzise nicht sagen. Möglicherweise ergibt sich daraus was aus Geheim eingestuftem Akten;

weiß ich nicht. Jedenfalls ist meine Erinnerung - und das kann ich hier auch sagen -: Am 8. ist der Vorgang bekannt geworden nach meiner Erinnerung, war Gegenstand auch der Erörterung im Kanzleramt, und am 8. ist mündlich zunächst die Weisung ergangen, alles, was wir haben, zu prüfen. Am 10. hat es einen schriftlichen, sehr weit gefassten schriftlichen Auftrag gegeben, und nach meiner Erinnerung ist von da an dann gearbeitet worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dass Sie selber noch mal eingegriffen haben - -

Zeuge Heinz Fromm: Am 11.? Kann ich nicht sagen. Möglicherweise hat es am 11. auch noch mal einen Auftrag gegeben. Es hat auch Rücksprachen gegeben in der Zeit. Das erinnere ich jetzt nicht mehr aus dem Stand so genau, an welchem Tag nun welche Rücksprache war. Da war relativ viel Kommunikation.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, dann hätten wir die nächste Runde. Hat sich bei Union, SPD was geändert? - Weiterhin keine Fragen. FDP auch nicht mehr? Links-Fraktion? - Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Nur eine einzige Frage noch mal. Sie haben ja jetzt noch mal geschildert, mit welcher Ausgangsinformation Sie reingegangen sind zum Thema: Es sind Akten eben nicht mehr vorhanden. - Ich erinnere mich auch an die Situation in der Innenausschusssitzung, als Sie das entsprechend dargestellt haben. Wie haben Sie eigentlich auf dem Weg bis jetzt, zum Juni/Juli 2012, den Minister über diese Entwicklung unterrichtet, also nach den Befragungen der zuständigen Sachbearbeiter bzw. jetzt auch mit der Rekonstruktion? Ist der zwischendurch irgendwie unterrichtet worden?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, immer über den aktuellen Kenntnisstand, natürlich auch immer vor entsprechenden parlamentarischen Veranstaltungen, Sitzungen. Es ist selbstverständlich, dass ich nicht in eine Sitzung gehe, etwa in den Innenausschuss, und der Vertreter des Ministeriums - ob es nun

der Minister selbst ist oder sein Staatssekretär - wird von Neuigkeiten dann dort überrascht. Das ist ganz klar: Das geschieht nicht, sondern das Ministerium wird auf dem Laufenden gehalten.

Petra Pau (DIE LINKE): Das heißt - bloß als Nachfrage noch; dann bin ich auch fertig -: Als Sie davon erfahren haben - Sie haben ja vorhin über Ihre Enttäuschung über das Vorgehen des Mitarbeiters und das Verschweigen gesprochen -, haben Sie dann auch unverzüglich den Minister unterrichtet, als diese Situation eingetreten ist?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, selbstverständlich. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens, die Umsetzung und die Unterrichtung des Ministeriums - muss ich sagen -, schriftlich, ist in einem Zug erfolgt.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben die Grünen noch Fragen? - Hat sonst noch jemand Fragen an den Zeugen? - Dann, Herr Fromm, ist die Vernehmung an ihr Ende gelangt. Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft persönlich alles Gute, -

Zeuge Heinz Fromm: Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - noch verbleibende erfolgreiche Wochen im Amt.

Ich schließe nicht aus, dass Sie noch mal kommen werden - das stimmt -, aber heute Abend nicht mehr.

Zeuge Heinz Fromm: Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber dann können Sie sich darauf freuen, dass wir uns möglicherweise in einigen Wochen oder Monaten hier wiedersehen.

Wir sind dann mit der Befragung dieses Zeugen zum Abschluss gekommen. Ich bitte, die Öffentlichkeit wieder herzustellen und Herrn Cremer in den Saal zu begleiten. Herr Cremer will keine Auftaktbilder. Ich bitte insofern die Mitarbeiter des Sekretariats, zu veranlassen, dass - sofern sich denn noch Kamerateams und Fotografen vor dem Ausschusssaal aufhalten sollten - diesen mitgeteilt wird, dass hier keine Aufnahmen stattfinden können. Rechtlich gesehen liegt das


zwar nicht im Ermessen des Zeugen. Aber legt irgendjemand Wert darauf, dass wir Auftaktbilder ermöglichen? - Dann schlage ich vor, wenn der Zeuge das nicht möchte, machen wir das nicht. Wenn es da im Ausschuss keinen Widerspruch gibt, dann verfahren wir so.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Nichtöffentlich:
20.03 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich)

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
10. Aug. 2012
i.V. 442

3L 1018

dbb beamtenbund und tarifunion Dreizehnmorgenweg 36 D-53175 Bonn

Ø an	Reh	 Büro Berlin 08. Aug. 2012 Sebastian Edathy, MdB	B1
NIE			B2
SHG			B3
A			B4
WV zum:			
Erledigt am:			

dbb
beamtenbund
und tarifunion

Dienstleistungs-
zentrum West

Dreizehnmorgenweg 36
D-53175 Bonn

Telefon 02 28. 30 84 50
Telefax 02 28. 30 84 52-90
diz_west@dbb.de
www.dbb.de

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode
Der Vorsitzende Herrn MdB Sebastian Edathy
- persönlich -
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
PA 27 - 5451

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
VB/12/000875/h
Bitte stets angeben:

Telefon, Name
Durchwahl Fr. Susan Fürst:
(0228) 30 84 5-277

Datum
06.08.2012

Unser Mitglied: Lothar Lingen
Beweiserhebung
hier: **Stenografisches Protokoll der 24. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 5.7.2012**
Zeugeneinvernahme des Zeugen Lothar Lingen
Korrektur

Sehr geehrter Herr Edathy,
sehr geehrte Damen und Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit bedanken wir uns für die Übersendung des vorläufigen stenografischen Protokolls der Zeugeneinvernahme vom 5.7.2012, welche uns am 26.7.2012 erreicht hat.

Nach Durchsicht des uns überlassenen stenografischen Protokolls bleibt festzuhalten, dass wir diesem in weiten Teilen zustimmen. Dieses entspricht insofern der Richtigkeit.

Allerdings sehen wir uns aufgrund einer Ungenauigkeit, welche im Rahmen der Zeugenaussage eingetreten ist, gezwungen, eine kurze Ergänzung vorzunehmen:

Unser Mitglied trat erst im Dezember [REDACTED] und nicht, wie im Protokoll angegeben Ende [REDACTED] (Seite 4), in das Bundesamt für Verfassungsschutz ein. Mit Ausnahme von ca. [REDACTED] Jahren war unser Mitglied im Bereich Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus in unterschiedlichen Funktionen im Bundesamt für Verfassungsschutz tätig.

In der Zeit von August [REDACTED] war unser Mitglied in der Beschaffung [REDACTED] im Bundesamt für Verfassungsschutz tätig. Anlässlich der Zeugeneinvernahme (Seite 8 bis 10 des vorliegenden Protokolls) ging unser Mitglied – aus seiner Erinnerung – davon aus, dass er diese Tätigkeit bis Ende [REDACTED] ausgeübt hat. Dies ist insofern nicht zutreffend. Seine Tätigkeit im Rahmen der Beschaffung [REDACTED] endete bereits im [REDACTED].

Ab diesem Zeitpunkt wurde unser Mitglied wieder in der Werbung Rechtsextremismus [REDACTED] beim Bundesamt für Verfassungsschutz als Referatsleiter eingesetzt.

Wichtig ist es unserem Mitglied darauf hinzuweisen – wie er dies auch anlässlich seiner Zeugeneinvernahme am 5.7.2012 bereits getan hat -, dass er im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeiten zu keinem Zeitpunkt mit der Planung und Koordination der „Operation Rennsteig“ befasst war. Während seiner Dienstzeit in der Beschaffung [REDACTED] hatte unser Mitglied diesbezüglich keinerlei Berührungspunkte. Nach seiner Rückkehr [REDACTED] in das Werbungsreferat Rechtsextremismus [REDACTED] war unser Mitglied regional für andere Bundesländer verantwortlich (siehe Seite.1 des Protokolls).

Insofern trifft die Aussage zu, dass unser Mitglied generelle Kenntnis über eine „Operation Rennsteig“ hatte; in der praktischen Umsetzung dieser Operation und über die gefundenen Ergebnisse war unser Mitglied letztendlich, da er nicht der verantwortliche Referatsleiter (siehe Seite 6 des Protokolls) war, nicht im Detail informiert. Richtig ist ferner die Angabe im Protokoll, dass unser Mitglied von der „Operation Rennsteig“ Kenntnis (Blatt 9 d.A.) hatte, allerdings „beruflich nicht involviert war“.

Diese im Protokoll enthaltene Ungenauigkeit im Hinblick auf die Jahreszahlen bitten wir zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen



(Volker van Bökel)